

# BERLÄYN 02/18

international Nummer 151

DER NEWSLETTER DES INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN



**Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,**

Sie kennen Menschen oder Gruppen, die sich in besonderer Weise gegen Diskriminierung einsetzen, die hinschauen und sich einmischen, sich engagieren und Verantwortung übernehmen, Zivilcourage zeigen?

Machen Sie einen Vorschlag zur Nominierung!

Seit 25 Jahren zeichnet das Bündnis für Mut und Verständigung Einzelpersonen und Initiativen aus Berlin und Brandenburg für ihre langjährige, ehrenamtliche Tätigkeit oder ihr couragiertes Eingreifen aus. Mehr dazu auf [Seite 15](#) in dieser Ausgabe.

**Ihre Redaktion**

**BERLIN INTERNATIONAL** erscheint wieder am **01.03.2018**.  
Redaktionsschluss für die Ausgabe März 2018 (Nr. 152) ist der **22.02.2018**.

**IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL.** Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/-löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: [Newsletter@intmig.berlin.de](mailto:Newsletter@intmig.berlin.de). Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung mit Quellenangabe erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, I AbtL 22; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320. Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/service/newsletter/>  
01.02.2018 [2.047 | Jahrgang 35]

Der [interkulturelle Kalender](#) für den Monat Februar:

1	
2	
3	
4	
5	
6	
7	
8	
9	
10	
11	
12	
13	Fastnacht
14	Aschermittwoch, St. Valentin
15	
16	Neujahrsfest Vietnam/China
17	
18	
19	
20	Christliche Fastenzeit 14.2.-31.3.
21	
22	
23	
24	
25	
26	
27	
28	Purimfest

**Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken**

'Integration im Dialog' im Bezirk Mitte –  
 Die Gesprächsreihe des Integrationsbeauftragten zu Gast in Mitte am 01. Februar ..... 4  
 14.02., Erzählalon: Arbeiten in Berlin: Wir haben es geschafft! Zugewanderte Frauen erzählen  
 Thema: Journalismus ..... 4  
 Medienschau ..... 5  
 Aus dem IQ Landesnetzwerk Berlin: Synergien der Projekte nutzen –  
 für eine gelungene Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten im digitalen Zeitalter ..... 5  
 Härtefallfonds Berufsanerkennung Berlin:  
 Land Berlin reagiert mit Förderprogramm auf den erhöhten Fachkräftebedarf ..... 7  
 Start: 14.02. Willkommen-in-Arbeit-Büro in Lichtenberg  
 Veranstaltungen für geflüchtete Menschen zu Themen rund um Bildung und Beruf ..... 7  
 10./11.02., feierliche Neueröffnung: Baynetna  
 Die ehrenamtliche arabische Leihbibliothek in den Räumen der ZLB ..... 8  
 01.03., Spandau: Jobmesse für Gesundheit und Soziales ..... 9

**Aus dem Landespressediens**

Neue Förderprogramme für ein weltoffenes Berlin ausgeschrieben. Frist: **13.02./22.03.2018**  
 (Arabische Übersetzung) ..... 10  
 Müller in seiner Neujahrsansprache: Berlin steht am Beginn eines Jahrzehnts der Investitionen ..... 11  
 Arbeitssenatorin Breitenbach: Gut ausgebildete Fachkräfte brauchen auch Gute Arbeit ..... 12  
 Günstiges Sozialticket jetzt auch für Wohngeldempfangende und SED-Opfer ..... 12  
 Rot-Rot-Grün stärkt die Innere Sicherheit in Berlin ..... 13  
 Änderungen bei den Wohnungsgrößen:  
 WBS-Inhaber sollen künftig generell kleinere 1,5- bis 2-Zimmer-Wohnungen anmieten können ..... 13  
 Auszeichnung künstlerischer Projekträume und –initiativen 2018  
 mit erhöhtem Preisgeld ausgeschrieben. Frist: **20.02.2018** ..... 14  
 Berliner Verfassungsschutz veröffentlicht Studie über Angehörige der salafistischen Szene ..... 14  
 Müller ruft auf zu Nominierungen für das „Band für Mut und Verständigung“  
 Frist für Vorschläge endet am **01. März 2018** ..... 15  
 Chebli: „Erinnerung ist wichtig für Kampf gegen Antisemitismus und Stärkung der Demokratie“ ..... 15  
 Anne Franks Lebensgeschichte in der Jugendstrafanstalt Berlin ..... 16  
 Berlin, Brandenburg, Bremen und Thüringen: start einer gemeinsamen Bundesratsinitiative  
 zur besseren Mittelausstattung der Jobcenter ..... 16  
 Berlin stärkt das Schulfach Politische Bildung ..... 17  
 Müller zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ..... 17  
 Müller zum Tod des Jazz-Musikers und KZ-Überlebenden: „Danke, Coco Schumann, danke für alles!“ ..... 18  
 Arbeitssenatorin Breitenbach: Integration und Teilhabe – Arbeit statt Maßnahme-Hopping ..... 18  
 Zeugnisvergabe - Bildungsverwaltung schaltet Sorgentelefon ..... 19

**Anfragen an den Senat**

„Kommunikation mit den Fördernehmer\*innen des Partizipations- und Integrationsprogramms - World  
 Cafe für was und warum??“ (Link) und weitere Anfragen ab Seite ..... 19

**Aus Europa, Bund und Ländern**

Berliner Europaortal ..... 20  
 BMI: 186.644 Asylsuchende im Jahr 2017 ..... 20  
 Zuwanderung und Diskriminierung – Wer anders aussieht, fühlt sich stärker benachteiligt ..... 21  
 Mediendienst Integration: Experten kritisieren Sondierungs-Ergebnisse ..... 21  
 Appell an die Koalitionsparteien:  
 Deutschland braucht ein klares Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft ..... 21

**Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen**

Arbeiten und Lernen in Europa: Betriebliches Praktikum in Marseille, Frankreich	.....22
Aktuelle Weiterbildungen im FCZB sowie Info-Termine im Februar 2018	.....23
Start: 05.03., LIFE e.V.: Think BiG! Berufe in der Gesundheitswirtschaft	.....24
LIFE e.V.: Happy Metal – Metallbearbeitung für Frauen aus allen Kulturen	.....24
Ausschreibung: START – Schülerstipendien für talentierte Jugendliche mit Migrationsgeschichte	.....25
Bewerbungszeitraum: <b>1. Februar bis 15. März 2018</b>	.....25
House of Resources Berlin: Aktuelle Fortbildungen für die Integrationsarbeit	.....26
Ab März 2018:	
Berufsbegleitende Erzieherausbildung Vorbereitung für Menschen mit Migrationshintergrund	.....26
Stellenausschreibung:	
Sozialpädagogin in der Frauenberatung BORA (anteilige Elternzeitvertretung), Frist: <b>04.02.2018</b>	.....27

**Workshops/ Tagungen**

21.02., Vortrag und Diskussion: Antisemitismus – Sind die anderen schuld?	.....27
ufuq.de: Workshops und Fortbildungen 2018 : Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus	.....28

**Initiativen**

Stiftung EVZ, Ausschreibung: MEET UP! Deutsch-Ukrainische Jugendbegegnungen 2018	.....28
Frist: <b>15.02.2017</b>	.....28
Stiftung evz, Ausschreibung: Sinti und Roma – Engagement in Deutschland – Projektideen zur Stärkung der Bildungsteilhabe und der Selbstorganisationen gesucht. Frist: <b>04.03.2018</b>	.....29

**Aus Projekten und Vereinen**

Neues Projekt: TAMAM. Entdecke die Kunst islamisch geprägter Länder und was sie mit Dir zu tun hat!	.....29
AfroPolitan Berlin Programm Februar 2018	.....30
BAYOUMA-HAUS: Programm Haus Babylon im Februar 2018 (Auszug)	.....31
AWO-Begegnungszentrum: Angebote im Februar 2018	.....32
Neu: Kontakt und Beratungsstelle für afghanische Geflüchtete	.....32
Ab 05.02.: Rumänisch in Berlin e.V. – Neuer Büro-Standort und geänderte Öffnungszeiten	.....33

**Veranstaltungen**

Ab 01.02, f³ – freiraum für fotografie: Erinnerungen einer Generation – Kriegskinder	.....33
Ausstellung von Frederike Helwig und Anne Waak	.....33
05. bis 10.02., Heimathafen Neukölln: Die Asyl-Monologe / Asyl-Dialoge / NSU-Monologe	.....34

**Veröffentlichungen/ Internet-Tipps**

Mehrsprachig: Internationaler Impfkalender	.....35
Handreichung: "Migration und Mitbestimmung in Berlin"	.....35

## Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken



### 'INTEGRATION IM DIALOG' IM BEZIRK MITTE -

Die Gesprächsreihe des Integrationsbeauftragten des Landes Berlin zu Gast in Mitte am 01. Februar

Unter dem Titel „Integration braucht (guten) Wohnraum!“ wird sich die Veranstaltung diesmal damit beschäftigen, wie die Wohn- und Unterbringungssituation Geflüchteter verbessert werden kann. An fünf Themeninseln diskutieren Vertreterinnen und Vertreter aus Bezirk, Jobcenter, Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten und den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften gemeinsam über behördliche Verfahren, Möglichkeiten am Wohnungsmarkt, die Hostel-Unterbringung oder kreative Ideen zur Erschließung neuen Wohnraums. Die Ergebnisse werden anschließend im Rahmen einer Fishbowl-Diskussionsrunde direkt an Verantwortliche der Berliner Politik und Verwaltung übergeben.

Der Integrationsbeauftragte des Berliner Senats, Andreas Germershausen, der Bezirksbürgermeister von Mitte, Stephan von Dassel, der Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit von Mitte, Ephraim Gothe und Vertreterinnen und Vertreter des Integrationsbüros Mitte tauschen sich mit Initiativen, Vereinen, Geflüchteten, Vertreter\*innen der Bezirksämter, Migrant\*innenorganisationen und den Bürgerinnen und Bürgern aus.

„Die Frage, wie wir genügend Wohnraum für Geflüchtete bereitstellen können, ist entscheidend für ihre weitere Teilhabe und Integration. Dieses Ziel ist in die weitere Stadtentwicklung und den erforderlichen Wohnungsbau einzubinden. Behauptungen, Geflüchtete würden bevorzugt, sind offensichtlich unbegründet.“, sagt Andreas Germershausen.

Ab **15.30 Uhr (Einlass ab 15.00 Uhr)** sind die Bürgerinnen und Bürger eingeladen, im

**Pavillon am Jobcenter  
Müllerstraße 147  
13353 Berlin**

(Glaspavillon links neben dem Haupteingang; U-Bhf. Leopoldplatz)

bei 'Integration im Dialog' dabei zu sein und in Arbeitsgruppen mit zu diskutieren. Interessierte können auch zu einem späteren Zeitpunkt dazukommen und direkt an der Fishbowl-Diskussionsrunde ab 18.30 Uhr teilnehmen.

Mit der Reihe 'Integration im Dialog' werden Anregungen, Kritik und Ideen derjenigen gesammelt, die sich engagieren – welche Projekte funktionieren gut und sind möglicherweise modellhaft? Wo wird Unterstützung benötigt? Bei welchen Themen geht es voran, wo braucht es andere Ansätze?

Die Impulse aus den Bezirken nutzt der Integrationsbeauftragte intensiv, um das Gesamtkonzept des Senats für die Integration und Partizipation der Geflüchteten weiter zu entwickeln.

Unter <http://www.berlin.de/integration-im-dialog> wird über Veranstaltungstermine und Ergebnisse, z.B. auch von der vergangenen Dialogveranstaltung in Lichtenberg informiert.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer melden sich bitte per E-Mail an: [dialog@integrationberlin.de](mailto:dialog@integrationberlin.de).

Weitere Termine folgen. Bis März 2018 lädt „Integration im Dialog“ in den Berliner Bezirken die Bürgerinnen und Bürger ein, mit Anregungen, Kritik und Vorschlägen dabei zu sein.

**14.02., Erzählalon:**

**ARBEITEN IN BERLIN:**

**WIR HABEN ES GESCHAFFT!**

**Zugewanderte Frauen erzählen**



**Mittwoch, 14.02.2018, 18:00 Uhr**  
**Beauftragter für Integration und Migration**  
**Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin**

**Thema: Journalismus**

**Luciana Ferrando (Argentinien)**

*freie Journalistin,*

*Mitarbeiterin bei den*

*Neuen Deutschen Medienmachern*

**Sharmila Hashimi (Afghanistan)***Aktivistin und Journalistin*

„Arbeiten in Berlin: Wir haben es geschafft! Zugewanderte Frauen erzählen“ – so heißt eine neue Reihe, die das Willkommenszentrum Berlin und der Beauftragte für Integration und Migration des Berliner Senats gemeinsam mit der Frauenberatungsstelle KOBRA veranstaltet.

In einem insgesamt fünfteiligen Erzählsalon berichten Frauen aus verschiedenen Ländern und mit verschiedenen fachlichen Hintergründen, wie sie es geschafft haben, in Berlin oder in anderen deutschen Städten beruflich anzukommen. Mit ihren Geschichten machen sie allen Frauen Mut, die ebenfalls auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß fassen möchten.

Die Veranstaltung am 14. Februar 2018, ab 18:00 Uhr, wie auch sämtliche Folgetermine (14. März, 11. April, 9. Mai 2018) finden beim Berliner Beauftragten für Integration und Migration in der Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin statt. Moderiert wird die Reihe von der Journalistin Ferda Ataman.

**Anmeldung**

Sie können sich per E-Mail unter

[willkommenszentrum@intmig.berlin.de](mailto:willkommenszentrum@intmig.berlin.de)

für einen oder mehrere Termine anmelden. Die Anzahl der Teilnehmenden ist begrenzt. Bitte geben Sie auch an, ob und in welcher Sprache Sie eine Übersetzung wünschen. Gerne senden wir Ihnen auch Plakate und Flyer für die Veranstaltungsreihe zu.“

Sie erreichen uns mit den öffentlichen Verkehrsmitteln: U1 Kurfürstenstraße, Bus M48, M85, M29.

Internet:

<http://www.berlin.de/willkommenszentrum/ueberuns/veranstaltungen/>

**MEDIENSCHAU**

taz. die tageszeitung vom 19. 1. 2018:

**Mögliche Karrieren beim Ankommen**

Qualifizierte Arbeit gesucht und auch gefunden – bei einem neuen Erzählsalon des Willkommenszentrums Berlin sprechen zugewanderte Frauen von ihren Erfahrungen

<https://www.taz.de/Archiv-Suche/?s=Erz%C3%A4hlsalon&SuchRahmen=Print/>

**IQ LANDESNETZWERK  
BERLIN****Synergien der Projekte nutzen –****für eine gelungene Arbeitsmarktintegration  
der Geflüchteten im digitalen Zeitalter****Club Dialog e.V. und die IHK München und Oberbayern testen ein Programm zur Kompetenzfeststellung geflüchteter Menschen im Rahmen der Projekte BFD und FAbA (IQ Landesnetzwerk Berlin).**

Im Jahr 2017 konnte das Programm check.work mit der Unterstützung vom Projekt Fahrplan Anerkennung beruflicher Abschlüsse (FAbA) im Club Dialog e.V. zum ersten Mal in Berlin getestet werden, und zwar synergetisch, „an der Grenze“ zwischen zwei Projekten. Zum einen geht es dabei um das Projekt Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug, das vom Verein seit Dezember 2015 im Auftrag der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales umgesetzt wird. Club Dialog e.V. organisiert für die am Projekt teilnehmenden Geflüchteten Seminare und Bildungsprogramme der Sonderförderung. Ein besonderer Schwerpunkt stellt dabei der Bereich Erschließung der beruflichen Potenziale und Arbeitsmarktintegration. Im Rahmen des Projektes FAbA des IQ Landesnetzwerks Berlin können Einwandererinnen und Einwanderer im Club Dialog e.V. mehrsprachliche Unterstützung beim Anerkennungsverfahren sowie Informationen zu deren Ablauf, Kosten und Dauer erhalten. Das Förderprogramm Integration durch Qualifizierung (IQ) zielt auf die nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund ab. Das Programm wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und den Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert.

Die Arbeitsmarktintegration Geflüchteter schnell und effektiv voranzutreiben – das ist das erklärte Ziel hinter der Entwicklung von check.work. Im Jahr 2016, beauftragt vom Bayerischen Industrie- und Handelskammertag und gefördert durch das Bayerische Wirtschaftsministerium, entstand eine bildgestützte Anwendung, die mittlerweile bundesweit verfügbar ist. Beratungsfachkräfte, beispielsweise auch vom Projekt Fahrplan Anerkennung beruflicher Abschlüsse (FAbA) im Club Dialog e.V., nutzen check.work, um schnell und unkompliziert herauszufinden, welche beruflichen – auch non-formalen – Vorerfahrungen die Geflüchteten mitbringen. Innerhalb von 30 bis 60 Minuten entsteht mit Hilfe der Anwendung ein Tätigkeitsprofil, das eine gute Basis für die weitere Beratung und die Vermittlung in weiterführende Integrationsmaßnahmen oder direkt in die Beschäftigung bildet.

Dabei funktioniert check.work, weil es zielgruppenorientiert und kulturübergreifend verständlich ist: Die Bildauswahl mit den Beschreibungen auf Deutsch, Englisch, Farsi, Französisch und Hocharabisch wurde mit wissenschaftlicher Unterstützung durch Expertinnen und Experten für Interkulturalität und Einfache Sprache getroffen. Ein Fachbeirat aus verschiedenen Akteuren, die sich sowohl mit der Zielgruppe als auch den Herausforderungen bei der Arbeitsmarktintegration auskennen, hat die Entwicklung durchgängig begleitet. Dazu gehören beispielsweise der Bayerische Flüchtlingsrat, das IQ Landesnetzwerk Bayern, aber auch die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit und das Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Und weil die besten Expertinnen und Experten die Geflüchteten selbst sind, wurde check.work auch von über 500 Vertretern der Zielgruppe auf Verständlichkeit und Benutzerfreundlichkeit getestet.

Check.work erleichtert die Erfassung der beruflichen Erfahrungen durch ein intuitives und einfaches Bedienen: Nach Eingabe eines Lizenzschlüssels auf der Internetseite und einer kurzen Registrierung geht es direkt los. Sorgfältig recherchierte berufskundliche Bilder zeigen 23 Arbeitsbereiche an. Die Nutzerinnen und Nutzer können jeweils ein Häkchen setzen, wenn sie bereits in diesem Bereich gearbeitet haben. Für alle gewählten Bereiche werden im zweiten Schritt Tätigkeitsfelder aufgezeigt, die nach dem gleichen Prinzip ausgewählt werden. Schließlich wird es ganz konkret: die Nutzerinnen und Nutzer können anhand der Bilder alle Tätigkeiten anklicken, die sie ausgeführt haben. Unterstützt wird die Bildauswahl jeweils durch Begriffe und Bezeichnungen in einer der fünf Sprachen. Alle Angaben dieser Selbsteinschätzung werden am Ende anhand von Fachfragen aus der beruflichen Praxis überprüft. Auch hierfür wurden zahlreiche Expertinnen und Experten aus IHKs, HWKs und Berufsfachschulen zu Rate gezogen.

Die Anregung zur Anwendung des Programms check.work im Rahmen beider Projekte, BFD und FAbA kam am 24. Mai 2017 auf der Veranstaltung „66 Monate BQ Portal“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), bei welcher die Vertreterinnen und Vertreter des ehemaligen Runden Tisches zum Aufbau des BQ-Portals, der zuständigen Stellen im Anerkennungsverfahren und des IQ-Netzwerkes gemeinsam Jubiläum der ersten Beschreibungen von ausländischen Berufsbildungssystemen und Berufsprofilen feierten.

„Wir fanden diesen Test sehr interessant und wollten ihn in der Praxis kennenlernen. Wir haben sofort an die Möglichkeit gedacht dieses Programm im Rahmen unserer BFD-Seminare zu testen“ – erläutert Julia Merian, die Projektleiterin des FAbA Projekts im Club Dialog e.V.

So wurden für die Bundesfreiwilligen im Rahmen der BFD-Sonderförderung Gruppenveranstaltungen organisiert, bei denen sie zuerst allgemeine Informationen zu

den Vorteilen der IQ-Anerkennungsberatung erhalten haben und schließlich im August 2017 ihre Kompetenzen bei check.work testen konnten. Im Anschluss erhielten sie ihre Ergebnisse, auf deren Basis dann die Beraterinnen des FAbA-Projektes individuelle Beratungen zur Anerkennung durchführten. Für die Beraterinnen wurde check.work ein hilfreiches Tool zur Kompetenzfeststellung und zur Zuordnung von Referenzberufen.

Die Kooperation zwischen der IHK Bayern und dem Club Dialog e.V. ermöglichte eine praktische Erprobung und kontrollierte Auswertung des neuen Programms. Die Maßnahme war auch besonders profitabel für die Geflüchteten, die aus Kriegsgebieten kamen und auf ihre Zeugnisse oder Nachweise der Arbeitstätigkeit nicht zurückgreifen konnten.

Der 25-jährige Adib Alhajib aus Syrien ist einer der Geflüchteten, die sich vor den Hürden des deutschen Arbeitsmarktes sehen. Erst seit einem Jahr in Deutschland und mit fortgeschrittenen Deutschkenntnissen nahm er 2017 am BFD im Club Dialog e.V. teil. Sein Testergebnis bei check.work hat gezeigt, dass er im Bereich Schutz und Sicherheit berufliche Erfahrung gesammelt hat. Auch der 43-jährige Syrer Humam Nasrini konnte ebenfalls von der Qualifizierungsanalyse profitieren. Er hat Fachkenntnisse im Bereich der Verwaltung, Erziehung und Soziales nachgewiesen. Natürlich sind nicht alle Fragen aus diese Weise geklärt und so wünschen sich einige BFD Teilnehmer eine Erweiterung der fachlichen Spezialisierungen oder des Berufsangebotes. Trotzdem waren alle Teilnehmer mit der Betreuung bei den Seminaren und der Analyse check.work zufrieden und glaubten, dass die Ergebnisse ihnen auch in der Zukunft nutzen werden.

## Kontakt

Koordinationsstelle des IQ Landesnetzwerks Berlin  
Büro des Beauftragten des Senats  
für Integration und Migration  
Leiterin Alev Deniz

Tel.: (030) 9017 2376

E-Mail: [Alev.Deniz@intmig.berlin.de](mailto:Alev.Deniz@intmig.berlin.de)  
Internet: <http://www.berlin.netzwerk-ig.de>

## HÄRTEFALLFONDS BERUFSANERKENNUNG BERLIN

Mit dem Förderprogramm Härtefallfonds Berufsanerkennung Berlin, das am 01. Juli 2016 in Kraft getreten ist, reagiert das Land Berlin auf den erhöhten Fachkräftebedarf und die gleichzeitig steigende Anzahl an Zuwanderinnen und Zuwanderern. Das Förderprogramm bietet die Möglichkeit, Personen mit einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation bei der Finanzierung des Anerkennungsverfahrens zu unterstützen.

Voraussetzung ist, dass die Kosten nicht aus eigenen Mitteln finanziert werden können oder nach dem SGB II, dem SGB III, dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG), den Landesprogrammen QfB bzw. QvB oder aus dem Förderprogramm des Bundes (Anerkennungszuspruch) gefördert werden.

### Wer kann gefördert werden?

- Personen mit einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation,
- die einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus haben,
- die ihren Hauptwohnsitz seit mindestens 3 Monaten in Berlin haben,
- die keine Förderung durch SGB II, SGB III, dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG), den Landesprogrammen QfB bzw. QvB oder aus dem Förderprogramm des Bundes (z.B. Anerkennungszuspruch) erhalten
- die über keine ausreichenden eigenen Mittel verfügen (Einkommensgrenze von 26.000 EUR pro Jahr bei Alleinstehenden und 40.000 EUR bei verheirateten bzw. verpartnerten Antragstellenden)

### Was kann gefördert werden?

- Gebühren für das Anerkennungsverfahren
- Kosten für notwendige Übersetzungen
- Kosten für Dolmetscher/innen
- Kosten für Ausgleichsmaßnahmen bzw. Qualifizierungsmaßnahmen zur Herstellung der Gleichwertigkeit (Lehrgangskosten, Fahrtkosten außerhalb des öffentlichen Nahverkehrs, Kosten für notwendige Lernmittel, zwingend erforderliche Arbeitskleidung, Kinderbetreuungskosten)
- Kosten für im Rahmen des Anerkennungsverfahrens notwendige Sprachkurse (oberhalb B1)

### Weitere Fördervoraussetzungen:

- Einschätzung einer Anerkennungsberatungsstelle des IQ-Netzwerkes, dass die Anerkennung die Chancen zur Aufnahme einer qualifikationsentsprechenden Beschäftigung langfristig verbessert
- glaubhafte Darlegung einer angestrebten Erwerbstätigkeit in Berlin

Der Antrag muss in der Regel vor Vorhabenbeginn gestellt werden. Gefördert werden können Kosten ab 100 EUR bis maximal 10.000 EUR pro Person, die nicht rückzahlbar sind. Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der Rechnungen oder Bescheide i.d.R. direkt an das ausführende Institut. Ein Rechtsanspruch auf die Förderung besteht nicht

Weitere Informationen:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/ausbildung-und-arbeit/haertefallfond-berufsanerkennung/>

## Kontakt

### Beratung und Antragstellung im Willkommenszentrum bei:

*Amala Meiwes-Konyali*

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales  
Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration  
Potsdamer Straße 65  
10785 Berlin

Telefon: (030) 901723 37

Fax: (030) 901723 20

E-Mail: [Amala.Meiwes-Konyali@intmig.berlin.de](mailto:Amala.Meiwes-Konyali@intmig.berlin.de)  
oder [haertefallfonds@intmig.berlin.de](mailto:haertefallfonds@intmig.berlin.de)

## WILLKOMMEN-IN-ARBEIT-BÜRO

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales  
**beim** Berlin

Start: 14.02.

### WILLKOMMEN-IN-ARBEIT-BÜRO IN LICHTENBERG

Veranstaltungen für geflüchtete Menschen  
zu Themen rund um Bildung und Beruf

Das Willkommen-in-Arbeit-Büro Lichtenberg (WiA-Büro) bietet individuelle Beratung rund um die Themen Bildung und Beruf durch Mobile Bildungsberater/innen, Mobile Jobberater/innen, Jobcoaches und Integrationslots/innen und wird gefördert durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Ergänzend

dazu werden ab 2018 einmal im Monat Veranstaltungen für geflüchtete Menschen zu Themen rund um Bildung und Beruf stattfinden.

Die Veranstaltungsreihe für Geflüchtete zu den Themen Bildung und Beruf startet mit:

#### „Der Weg zum Job –

Typische und alternative Bewerbungsmöglichkeiten“

**Mittwoch, 14. Februar 2018, um 17:00 Uhr**

**Willkommen-in-Arbeit-Büro Lichtenberg**

**Alfredstraße 4**

**10365 Berlin (Lichtenberg)**

Bei der Veranstaltung „Der Weg zum Job – Typische und alternative Bewerbungsmöglichkeiten“ werden Bewerbungsstrategien vorgestellt. Dabei werden typische Vorgehensweisen, aber auch alternative Wege erläutert. Welche Plattformen sind vorhanden? Wie sieht der Bewerbungsprozess aus und warum? Welche Voraussetzungen muss ich erfüllen? Welche Tipps und Tricks gibt es und worauf muss ich achten? Im Anschluss wird es die Möglichkeit geben, persönliche Fragen zu stellen und einen individuellen Beratungstermin zu vereinbaren.

Die Veranstaltung findet auf Deutsch, Arabisch und Farsi/ Dari statt und steht allen geflüchteten Menschen offen.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Veranstaltung ist kostenlos.

#### Kontakt

Willkommen-in-Arbeit Büro Lichtenberg

Alfredstraße 4

10365 Berlin (Lichtenberg)

Tel.: (030) 586 199 722

E-Mail: [wia@dgg-berlin.de](mailto:wia@dgg-berlin.de)

Internet: <https://www.dgg-berlin.de/projekte/wia-lichtenberg/>

#### 10./11.02., feierliche Neueröffnung:

#### BAYNETNA

**Die ehrenamtliche arabische Leihbibliothek in den Räumen der ZLB**

„Baynetna“ (arabisch für: „Zwischen uns“) ist eine ehrenamtliche arabische Bibliothek und kulturelles Podest zugleich und möchte die arabische und die europäischen Kulturen für einander öffnen. Neben der Literatur zum Ausleihen bietet Baynetna auch viele Veranstaltungen.

Mehr unter <http://www.baynetna.de>

Baynetna, die erste arabische Leihbibliothek für alle, zieht um und eröffnet neu in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) am: 10./11. Februar 2018:

- **Samstag, 10. Februar, 17 – 23:00 Uhr**
- **Sonntag, 11. Februar, 14 – 20:00 Uhr**

#### Adresse:

**Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB)  
Berliner Stadtbibliothek, Kleiner Säulensaal  
Breite Straße 36, 10178 Berlin**

Vor einem Jahr klappte Baynetna in der Stresemannstraße in Berlin-Kreuzberg zum ersten Mal ihre Regale auf. Seitdem hat sie unzählige Bücher verliehen. Zusätzlich haben wir in nur 10 Monaten rund 20 gut besuchte Lesungen und Konzerte veranstaltet. Nun zieht die Bibliothek um. Und zwar ins Zentrum von Berlin. Das feiern wir! Der Eintritt ist frei.

#### Arabisch-Deutsche Literaturtage

Und wir laden herzlich ein zu den ersten Arabisch-Deutschen Literaturtagen, die Baynetna gemeinsam mit FANN, dem deutsch-arabischen Kulturmagazin (<http://www.fann-mag.com>) anlässlich der Wiedereröffnung veranstaltet. Als Ehrengast konnten wir den Lyriker und Übersetzer Adel Karasholi gewinnen, der als erster den großen arabischen Dichter Mahmoud Darwish ins Deutsche übertrug.

#### Es lesen:

Monika Rinck (Berlin), Faraj Bayrakdar (Damaskus/Stockholm), Asma'a Azaizeh (Haifa), Nora Bossong (Berlin), Baraka Sakin (Sudan/Salzburg), Svenja Leiber (Berlin) und Nemat Khaled (Damaskus, Berlin).

**Am Sonntag, dem 11.2.2018 laden wir von 14:00-16:00 Uhr zu einem Comic-Salon ein**, u.a. mit dem Comiczeichner und Musiker Mazen Kerbaj (Beirut/Berlin).

#### Kontakt

Ines Kappert

E-Mail: [ines.kappert@gmail.com](mailto:ines.kappert@gmail.com)

Kristy Schank

E-Mail: [Kristy.Schank@zlb.de](mailto:Kristy.Schank@zlb.de)

Internet: <http://www.baynetna.de>

Ermöglicht und finanziert von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa Berlin und der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB).



**01.03., Spandau:  
JOBMESSE FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES**

**Donnerstag, 01. März 2018  
von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr**

**Rathaus Spandau, im Foyer und im Bürgersaal  
Carl-Schurz-Straße 2-6  
13597 Berlin  
(U- und S-Bhf. Rathaus Spandau)**

Unter der Schirmherrschaft von Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Gesundheit Frank Bewig und in Zusammenarbeit mit dem Migrations- und Integrationsbeauftragten von Berlin Spandau, der Die Wille gGmbH, dem Netzwerk Gesundheitswirtschaft Spandau, sowie dem Jobcenter Berlin Spandau findet die erste Jobmesse für Gesundheit und Soziales in Spandau statt.

Hier können Sie sich über Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten in Gesundheits- und Sozialberufen informieren.

**Arbeit ohne Ausbildung, z.B.**

- Küchenhilfe
- Servicekraft, Stationshilfe
- Pflegehelfer\*in
- Reinigungskraft
- Transportmitarbeiter\*in
- Sterilisationsassistent\*in

**Ausbildungsberufe, z.B.**

- Physiotherapeut\*in
- Sozialassistent\*in
- Erzieher\*in
- Gesundheits- und Krankenpfleger\*in
- Altenpfleger\*in
- Radiologieassistent\*in

**Weiterbildungs- Beratungs-  
und Unterstützungsangebote, z.B. für**

- Berufsorientierung
- Praktikumsplatzsuche
- Ausbildungsplatzsuche
- Arbeitsplatzsuche

Kommen Sie einfach vorbei (eine Anmeldung ist nicht nötig). Wenn Sie bereits Bewerbungsunterlagen haben (z.B. einen Lebenslauf), bringen Sie diese gerne in Papierform mit.

Auf Wunsch können Sie vor Ort einen individuellen Termin für einen umfassenden Check Ihrer Bewerbungsunterlagen vereinbaren.

Wir freuen uns, Sie persönlich begrüßen zu dürfen!

Mit freundlichen Grüßen

*Ihr Organisationsteam  
Danilo Segina, Migrations- und Integrationsbeauftragter  
von Berlin Spandau,  
Marianne Ludwig und Birgit Schreiber,  
Die Wille gGmbH, <http://www.diewille.de>  
Esther Reichert, Netzwerk Gesundheitswirtschaft  
Spandau  
Kathleen Ernst, Projektgruppe Arbeitgeberveranstaltungen  
beim Jobcenter Berlin Spandau  
Markus Pleyer, Work for Refugees,  
<http://www.work-for-refugees.de>*

**Kontakt**

Für Rückfragen steht Ihnen sehr gern zur Verfügung:

Marianne Ludwig:  
Tel.: (030) 264 762 65

E-Mail:  
[Marianne.Ludwig@evangelisches-johannesstift.de](mailto:Marianne.Ludwig@evangelisches-johannesstift.de)



## Aus dem Landespressedienst

18.12.2017, 11:53 Uhr

Senatsverwaltung für Kultur und Europa

### NEUE FÖRDERPROGRAMME FÜR EIN WELTOFFENES BERLIN AUSGESCHRIEBEN

Frist: **13.02./22.03.2018**

Die Senatsverwaltung für Kultur und Europa gewährt im Jahr 2018 – vorbehaltlich verfügbarer Mittel – Zuwendungen zur Förderung von Kunst-, Medien-, und Kulturschaffenden, die ihre bisherigen Aufenthaltsländer aufgrund der dortigen politischen Situation verlassen haben oder verlassen müssen.

Mit dem neuen Förderprogramm „Beratung, Unterstützung und Vernetzung für transnationale Kunst-, Medien- und Kulturschaffende“ werden Projekte gefördert, die der beruflichen Integration dieser Zielgruppe in Berlin dienen.

Die maximal einjährigen Fellowships, die im Rahmen des neuen Programms „Weltoffenes Berlin“ vergeben werden, sollen Kunst-, Medien- und Kulturschaffenden der Zielgruppe eine eigenständige künstlerische bzw. kreative Tätigkeit in Zusammenarbeit mit Berliner Kulturakteurinnen und -akteuren ermöglichen.

Kultursenator Dr. Klaus Lederer erklärte dazu: „Mit dieser Initiative wollen wir Kunst-, Medien- und Kulturschaffende, die ihre bisherigen Aufenthaltsländer aufgrund der dortigen politischen Verhältnissen verlassen haben oder verlassen müssen, dabei unterstützen, eine berufliche Perspektive in der Kunst- und Kulturszene Berlins zu finden. Wir wollen zugleich das Profil Berlins als tolerante, weltoffene Stadt stärken, in der Menschen ihrer kulturellen Tätigkeit jederzeit frei und ohne Furcht vor Repressionen entfalten können.“

Weitere Informationen zu den beiden Ausschreibungen können im Internet unter

<http://www.berlin.de/sen/kultur/foerderung/foerderprogramme/weltoffenes-berlin/>

aufgerufen werden. Dort findet sich auch der Link zu dem elektronischen Antragsformular.

Bewerbungsschluss für das Fellowship-Programm „Weltoffenes Berlin“ ist der

**13. Februar 2018 um 18:00 Uhr.**

Beim dem Programm „Beratung, Unterstützung und Vernetzung für transnationale Kunst-, Medien- und Kulturschaffende“ können Anträge bis zum

**22. März 2018 um 18 Uhr**

eingereicht werden.

Ansprechpartnerin für Fragen ist Christine Krause, Tel. 90228-745, E-Mail: [christine.krause@kultur.berlin.de](mailto:christine.krause@kultur.berlin.de)

Rückfragen: Daniel Bartsch, Telefon: (030) 90 228 203

Arabische Übersetzung:

**برامج دعم ومنح جديدة من حكومة برلين في مجال الثقافة والفنون والإعلام**

تقدم حكومة برلين "شؤون الثقافة وأوروبا" منح من أجل دعم العاملين في مجال الثقافة والفنون والإعلام، الذين اضطروا أن يتركوا بلدانهم بسبب الأوضاع السياسية هناك

يهدف البرنامج الأول "استشارة، دعم، تشبيك العاملين في مجال الثقافة والفنون والإعلام من مختلف الجنسيات" إلى دعم مشاريع تساعد العاملين في هذه المجالات على الاندماج مهنيًا في برلين

أما البرنامج الثاني "برلين منفتحة على العالم" فيهدف إلى مساعدة العاملين في المجالات الثقافية والفنية والإعلامية على تنفيذ مشاريعهم بالتعاون مع عاملين من برلين في نفس المجالات. ويصل مقدار هذه المنحة حتى 2500 يورو في الشهر لمدة أقصاها عام واحد

الساعة 18:00 2018 طابش 13 يستمر التقديم على المنحة الاولى حتى

يستمر التقديم على المنحة الثانيه حتى 22 آذار 2018 الساعة 18:00

لمزيد من المعلومات يرجى التواصل مع السيدة كريستينا كراوزيه  
Tel. 90228-745

E-Mail: [christine.krause@kultur.berlin.de](mailto:christine.krause@kultur.berlin.de)

كما يمكن التعرف على تفاصيل البرنامجين من خلال الرابط التالي

<http://www.berlin.de/sen/kultur/foerderung/foerderprogramme/weltoffenes-berlin/>

29.12.2017, 07:53 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

**Müller in seiner Neujahrsansprache:  
BERLIN STEHT AM BEGINN EINES  
JAHRZEHNTS DER INVESTITIONEN**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat in seiner Neujahrsansprache mit Bezug auf den ersten Jahrestag des Terroranschlags vom 19. Dezember 2016 bekräftigt, dass sich die Berlinerinnen und Berliner ihre Freiheit nicht durch Gewalt einschränken lassen und dass Rassismus und Antisemitismus in der deutschen Hauptstadt keinen Platz haben. Es gelte, so Müller, in einem zunehmend polarisierten politischen Klima antidemokratischen und nationalistischen Kräften auch in den Parlamenten entgegenzutreten.

Der Senat sehe die Schaffung guter Arbeit für alle als sein zentrales Ziel. Der drohende Arbeitsplatzabbau bei Siemens und General Electric, unterstrich der Regierende Bürgermeister, zeige, dass für Erhalt und Ausbau guter Arbeit täglich gekämpft werden müsse. Ferner erklärte Müller, dass trotz vieler Neugründung und anhaltenden Wachstums nicht alle Bürgerinnen und Bürger sorglos ins neue Jahr blicken könnten. Müller betonte die soziale Handschrift der Senatspolitik und formulierte die Zielsetzung, den Wandel so zu gestalten, dass alle vom Wachstum profitieren. Nach vielen Jahren notwendigen Sparens stehe Berlin am Beginn einer Jahrzehnts der Investitionen.

Im Folgenden dokumentiert das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin die Neujahrsansprache, die das Fernsehen des Rundfunks Berlin-Brandenburg am 1. Januar 2018 um 19.55 Uhr in voller Länge ausstrahlt, im gesamten Wortlaut:

„Liebe Berlinerinnen und Berliner, wer durch unser Berlin geht, der spürt es an jeder Ecke. Berlin ist attraktiv und vielfältig, pulsierend und kreativ. Berlin zieht Menschen und Unternehmen aus aller Welt an. Wir zählen zu den wichtigsten Standorten für Forschung und Wissenschaft. Hier begegnen sich Talente. Die vielen Unternehmensgründer schaffen täglich Neues.

Aber: Je mehr sich Berlin verändert, desto mehr wächst bei vielen auch der Wunsch nach Vertrautem. Ich weiß: Nicht jeder kann ohne Sorge auf das vor uns liegende Jahr blicken. Wir wissen um die Nöte und wollen den Wandel so gestalten, dass alle Berlinerinnen und Berliner vom Wachstum profitieren. Für mich bleiben Arbeit und Bildung die wichtigsten Themen.

Trotz der derzeit niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wende, zeigt uns aktuell der drohende Arbeitsplatzabbau bei Siemens und General Electric, dass wir weiter täglich für den Erhalt und Ausbau guter Arbeit kämpfen müssen. Mein Ziel bleibt dabei: Arbeit für alle. Grundla-

ge für gute Arbeit ist unsere Bildung. Mit unserem Milliarden-Programm für Sanierung und Neubau von Schulen werden wir für gutes Lernen sorgen – kostenlos von der Kita bis zur Uni.

Im ersten Jahr der Zusammenarbeit des neuen Senats ging es darum, zuerst dort anzupacken, wo Sie zu Recht Verbesserungen erwarten. Das Aussetzen von Mieterhöhungen bei landeseigenen Wohnungen und das preiswertere Sozialticket zeigen dabei die soziale Handschrift dieses Senats.

Nach dem Jahrzehnt des notwendigen Sparens stehen wir jetzt vor dem Jahrzehnt der Investitionen in Schulen, für bezahlbares Wohnen und größere Sicherheit – mit mehr Polizei, Doppelstreifen bei der BVG und auch unserer neuen Alex-Wache. Wir wissen, unsere Verwaltung braucht mehr Personal und eine gute Ausstattung für den Bürger-Service. 2018 werden wir deshalb 5000 neue Stellen schaffen. Nicht alles wird sich von heute auf morgen ändern. Aber die Grundlagen sind gelegt.

Liebe Berlinerinnen und Berliner, derzeit erleben wir, wie sich politische Debatten extrem polarisieren, das gesellschaftliche Klima rauer wird, sich antidemokratische und nationalistische Kräfte – leider auch in unseren Parlamenten – zum Teil hasserfüllt zu Wort melden. Dem müssen wir entgegenzutreten. Vor wenigen Tagen haben wir gemeinsam mit den Angehörigen der Opfer des feigen islamistischen Terroranschlags auf dem Breitscheidplatz gedacht. Und deutlich gemacht: Wir lassen uns unsere Freiheit nicht durch Gewalt einschränken. Und wir werden weiter gegen Antisemitismus und Rassismus einstehen. Dafür ist in unserer Stadt kein Platz.

Wir erleben auch um uns herum in Europa ein zunehmendes Erstarken des Nationalismus und der Ausgrenzung. Berlin ist in seiner Vielfalt vielleicht die europäischste Stadt. Gerade aus unserer historischen Erfahrung heraus werden wir weiter für ein Europa der Freiheit und der offenen Grenzen kämpfen. Dafür brauchen wir jeden Menschen, der die Werte unseres Grundgesetzes und Zusammenlebens respektiert.

Wenn wir am 3. Oktober im Rahmen unserer Berliner Bundesratspräsidentschaft den zentralen Tag der Deutschen Einheit begehen, ist das Motto: ‚Nur mit Euch‘. Ich sehe das als Aufruf und Einladung zugleich. Denn nur mit Ihnen kann die Hauptstadt Berlin als wichtiger Teil unseres Landes und der europäischen Familie lebenswert, sozial und modern sein.

Liebe Berlinerinnen und Berliner, nicht alles wird sich von heute auf morgen verbessern können. Aber der eingeschlagene Weg wird die Stadt für Sie erlebbar moderner und sozialer machen. Und es soll dabei das Berlin bleiben, das wir zu Recht alle lieben. In diesem Sinne wünsche ich uns ein friedliches und erfolgreiches neues Jahr und Ihnen und Ihren Familien persönliches Glück und Gesundheit.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

03.01.2018, 10:10 Uhr

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

**Arbeitssenatorin Breitenbach:**

### **GUT AUSGEBILDETE FACHKRÄFTE BRAUCHEN AUCH GUTE ARBEIT**

Zu den aktuellen Arbeitsmarktzahlen erklärt die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Elke Breitenbach: „Trotz weiter wachsender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gilt es mehr denn je, die Qualität der Beschäftigung nicht außer Acht zu lassen. Immerhin liegt der Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse in Berlin bei rund 38 Prozent. Das ist entschieden zu viel, und es stellt sich die Frage, wie viele Beschäftigte ihre Existenz nicht von ihrer Erwerbsarbeit allein sichern können.“

Das Normalarbeitsverhältnis muss wieder zur Regel werden und Gute Arbeit zum Maßstab von Beschäftigungsentwicklung. Gute Arbeit, das heißt insbesondere unbefristete Beschäftigung, faire und gesunde Arbeitsbedingungen sowie vor allem angemessene tarifliche Löhne. Bei Berliner Betrieben muss dringend ein Umdenken einsetzen, sonst sind gut ausgebildete Fachkräfte weiterhin nicht nur händeringend gefragt, sondern einfach weg.“

Im Dezember 2017 waren in Berlin insgesamt 159.572 Arbeitslose gemeldet. Das waren 760 weniger als im Vormonat und 13.032 weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote beträgt 8,4 Prozent. Sie lag damit um 0,1 Prozentpunkte unter dem des Vormonats und um 0,8 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres.

Hinzu kommen noch all diejenigen, die nicht als arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches gelten, weil sie an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnehmen oder in einem arbeitsmarktbedingten Sonderstatus sind.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

09.01.2018, 13:05 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

### **GÜNSTIGES SOZIALTICKET JETZT AUCH FÜR WOHNGELDEMPFANGENDE UND SED-OPFER**

Aus der Sitzung des Senats am 18. Januar 2018:

Der Senat hat heute beschlossen, den anspruchsberechtigten Personenkreis auf den berlinpass und das vergünstigte Berlin-Ticket S auf Empfängerinnen und Empfänger von Wohngeld sowie von Opferrenten nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen zum 1. Februar 2018 zu erweitern. Mit der Vorlage, die gemeinsam von der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, und der Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Ramona Pop, eingebracht wurde, wird zukünftig mehr einkommensschwachen Menschen die Möglichkeit eröffnet, am sozialen und kulturellen Leben in Berlin teilzunehmen.

Senatorin Breitenbach: „Bisher haben 549.341 Berlinerinnen und Berliner einen Anspruch auf den berlinpass und das Berlin-Ticket S. Jetzt kommen noch einmal rund 32.700 Menschen hinzu, die die Vergünstigungen nutzen können. Damit leistet der Senat einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt, denn Mobilität ist Grundvoraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe. Nach der Preissenkung des Berlin-Tickets S auf 27,50 € setzen wir mit dem heutigen Beschluss einen weiteren Punkt der Richtlinien der Regierungspolitik um. Ich bin froh, dass wir so bei den Empfängerinnen und Empfängern von Wohngeld bestehende finanzielle Härten ausgleichen können und SED-Opfer eine besondere Anerkennung und Wertschätzung als politisch Verfolgte erhalten.“

Senatorin Pop: „Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein. Ich freue mich daher sehr, dass wir mit dieser weiteren Maßnahme mehr Teilhabe am öffentlichen Nahverkehr und somit auch mehr gesellschaftliche Partizipation ermöglichen. Mit weiteren 3,2 Mio. € finanzieren wir den Ausgleich an die Berliner Verkehrsbetriebe. Das ist eine sinnvolle Investition für unsere Stadt und kommt den Berlinerinnen und Berlinern zugute.“

Mit dem berlinpass können Menschen mit dem Bezug von Hartz IV-Leistungen, von Sozialhilfe, von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zukünftig auch von Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz und Opferrenten nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen bei den Berliner Verkehrsbetrieben das kostengünstige Berlin-Ticket S zu einem Preis von 27,50 € erwerben. Mit diesem Instrument werden für Menschen mit geringem Einkommen die erforderliche Mobilität, die gesellschaftliche Teilhabe und der Zugang zu Freizeit- und Kulturangeboten gesichert und erweitert.

Der berlinpass wird für alle Anspruchsberechtigten in den Berliner Bürgerämtern ausgegeben. Ohne vorheri-

ge Terminabsprache kann man den berlinpass dort erhalten, wenn der aktuell gültige Leistungsbescheid, ein Passfoto und das gültige Ausweisdokument vorgezeigt werden. In den nächsten Tagen erhalten alle neuen Anspruchsberechtigten ein Informationsschreiben, das alle wichtigen Informationen zum berlinpass und zum Berlin-Ticket S enthält.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

09.01.2018, 15:54 Uhr  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

### **ROT-ROT-GRÜN STÄRKT DIE INNERE SICHERHEIT IN BERLIN**

Der Berliner Senat hat nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz ein umfassendes Sicherheits- und Präventionspaket verabschiedet. Neben der verbesserten Ausrüstung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei und Feuerwehr gehörte dazu auch die Entscheidung, Straftäter konsequent abzuschieben. Unter den im vergangenen Jahr 1638 zurückgeführten Menschen waren 156 Personen, die aus der Strafhaft abgeschoben wurden. Seit Anfang letzten Jahres wurden bislang 7 sicherheitsrelevante Personen aus Berlin abgeschoben, darunter 5 als Gefährder eingestufte Personen. Zuletzt konnten gestern in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden drei schwere Straftäter abgeschoben werden.

Dazu sagte Berlins Innensenator Andreas Geisel am Dienstag:

„Wir werden auch in Zukunft alle konsequent abschieben, die unsere Sicherheit gefährden. Der Schutz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung hat für mich oberste Priorität. Unser starker Rechtsstaat hat die Mittel, dies auch durchzusetzen. Wir werden es nicht zulassen, dass radikale Kräfte das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern gefährden. Um es deutlich zu sagen: Menschen, die unsere Hilfe brauchen, bekommen diese Hilfe auch. Menschen, die unsere Freiheit nutzen, um diese Freiheit zu zerstören, haben bei uns aber nichts zu suchen.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2730 /-31/-32

16.01.2018, 13:02 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

### **Änderungen bei den Wohnungsgrößen: WBS-INHABER SOLLEN KÜNFTIG GENERELL KLEINERE 1,5- BIS 2-ZIMMER-WOHNUNGEN ANMIETEN KÖNNEN**

Aus der Sitzung des Senats am 16. Januar 2018:

Der Senat hat heute eine Vorlage der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, über die Ausführungsvorschriften zur Festlegung der Wohnungsgröße nach § 27 Absatz 4 des Gesetzes über die soziale Wohnraumförderung zur Kenntnis genommen. Mit den geänderten Vorschriften soll die maßgebliche Wohnungsgröße für Haushalte mit Wohnberechtigungsschein ergänzend bestimmt werden.

In der Vergangenheit kam es in der Vermietungspraxis von kleinen Wohnungen, insbesondere bei Wohnungen mit halben Zimmern, immer wieder zu Schwierigkeiten, da diese ausschließlich entweder WBS-berechtigten 2-Personen-Haushalten oder einem wohnberechtigten 1-Personen-Haushalt bei Gewährung eines zusätzlichen Raumbedarfs (Mehrraum) vorbehalten waren. Zwei Personen wollen in der Praxis jedoch eher selten eine kleine 1,5- oder 2-Zimmer-Wohnung bis zu 50 qm anmieten bzw. suchen in aller Regel schon bald nach Einzug wieder eine größere Wohnung.

Nach der neuen Vorschrift dürfen kleinflächige 1,5- oder 2-Zimmer-Wohnungen bis zu 50 qm nun künftig auch an Einzelpersonen vergeben werden, die nur über einen Wohnberechtigungsschein für einen Raum verfügen.

Senatorin Lompscher: „Mit der Vorschriftenänderung reagieren wir auf bestehende Schwierigkeiten in der Vermietungspraxis. Wir wollen damit eine bessere Versorgung einzelner Mieterinnen und Mieter von Sozialwohnungen gewährleisten und gleichzeitig die hohe Fluktuation in kleineren Wohnungen vermindern.“

Die Vorlage wird vor Beschlussfassung im Senat nun dem Rat der Bürgermeister zur Stellungnahme zugeleitet.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Telefon: (030) 90139-4040

16.01.2018, 12:45 Uhr

Senatsverwaltung für Kultur und Europa

### **AUSZEICHNUNG KÜNSTLERISCHER PROJEKTRÄUME UND –INITIATIVEN 2018 MIT ERHÖHTEM PREISGELD AUSGESCHRIEBEN**

**Frist: 20.02.2018**

Die Senatsverwaltung für Kultur und Europa verleiht auch im Jahr 2018 Preise zur Auszeichnung von in Berlin ansässigen, künstlerischen, selbstorganisierten Projekträumen und -initiativen, die in einer Kunstsparte (Bildende Kunst, Musik oder Literatur) verankert sind, aber interdisziplinär arbeiten.

In den Haushaltsberatungen 2018/2019 ist es gelungen, zusätzliche Mittel für diese wichtige Fördermaßnahme zu akquirieren, so dass das Preisgeld im Jahr 2018 auf 37.000€ erhöht werden kann. Auf Vorschlag einer unabhängigen Jury sollen weiterhin 20 Preise für auszeichnungswürdige Programmarbeit vergeben werden. Der Jury 2018 gehören an: Anna Bromley, Nele Heinvetter, Hubi W. Jäger, Regine Rapp und Bettina Weiß.

Mit der Preisvergabe wird das Engagement und die Arbeit der Betreiber/innen der Projekträume und –initiativen gewürdigt. Die Preisvergabe dient dazu, sie zu unterstützen und die vorhandene Vielfalt zu sichern. Darüber hinaus sollen die Aktivitäten der künstlerischen Projekträume und -initiativen in Berlin sichtbarer werden.

Mit dem Preis werden hervorragende unabhängige Kunstorte und –initiativen ausgezeichnet, die meist von Einzelpersonen oder Vereinen betrieben werden und insbesondere das Spektrum der Bildenden Kunst, aber auch der Musik und Literatur, durch experimentelle und originäre Programme bereichern.

Besonders interdisziplinäre, spartenübergreifende, künstlerische Ansätze und innovative Vermittlungspositionen sollen ausgezeichnet werden.

Bewerben können sich Projekträume und -initiativen, die der beschriebenen Zielgruppe zuzuordnen sind, sofern sie folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Sie existieren seit mindestens 2 Jahren (rückwirkend ab 03.01.2018).
- Sie können im Zeitraum von 3 Jahren (rückwirkend ab 03.01.2018) kontinuierliche Aktivitäten über 24 Monate verteilt oder am Stück in Berlin nachweisen.
- Sie haben ihren Sitz und ihre Hauptaktivitäten in Berlin.
- Sie erhalten keine Regelförderung (institutionelle Förderung).
- Ihre Aktivitäten und Projekte sind nicht marktorientiert.

- Sie eröffnen innerhalb des Kunstkontextes Raum für Projekte, Diskurse und Aktivitäten Dritter.

Das elektronische Antragsformular sowie die Möglichkeit zum Hochladen der erforderlichen Anlagen finden Sie im Internet unter:

<https://fms.verwalt-berlin.de/egokuef/>

Eine zusätzliche Abgabe von Unterlagen in Papierform ist nicht notwendig.

Die Bewerbungsfrist endet am 20. Februar 2018 um 18.00 Uhr.

Rückfragen: Anja Scholtyssek, Telefon: (030) 90 228 207

17.01.2018, 12:10 Uhr

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

### **BERLINER VERFASSUNGSSCHUTZ VERÖFFENTLICHT STUDIE ÜBER ANGEHÖRIGE DER SALAFISTISCHEN SZENE**

Die salafistische Szene ist die am schnellsten wachsenden Strömung innerhalb des Islamismus'. In Berlin hat sich die Zahl der Salafisten von 350 im Jahr 2011 auf aktuell über 900 Personen nahezu verdreifacht. Berlin ist im selben Zeitraum zu einem Zentrum der salafistischen Szene geworden.

In seiner neuesten Lageanalyse untersucht der Berliner Verfassungsschutz diese Entwicklung genauer. Wer sind die Personen, die in Berlin zum salafistischen Spektrum zählen? Wo wohnen sie, welche Staatsbürgerschaften haben sie? Welche Moscheen werden von ihnen besucht? Antworten auf diese Fragen bietet die jetzt veröffentlichte empirische Studie. Innensenator Andreas Geisel sagte dazu: „Die Studie ist nicht nur vor dem Hintergrund des Anschlags auf den Breitscheidplatz von enormer Bedeutung. Sicherheitsbehörden und die Öffentlichkeit müssen wissen, auf welchem ideologischen Nährboden Extremismus entsteht. Je mehr wir wissen, desto besser können wir dagegen vorgehen.“

Eines der bemerkenswertesten Ergebnisse der Studie ist, dass sich spätestens seit 2004 in Berlin eine salafistische Szene etabliert hat, deren Angehörige mit und in der Szene älter geworden sind. Damit ist die Hinwendung zum Salafismus nicht nur auf eine kurze Phase „jugendlicher Sinnsuche“ beschränkt, so wie von manchen Studien vermutet. Vielmehr werden Salafisten in Berlin – unterstützt von einer salafistischen Infrastruktur aus Moscheen, Kleidergeschäften und Lebensmittelläden – dauerhaft oder zumindest über einen längeren Zeitraum an die Szene gebunden.

Innensenator Andreas Geisel: „Die detaillierten Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über Salafisten in Berlin werfen ein Schlaglicht auf eine Szene, die das

Licht der Öffentlichkeit meidet. Salafisten hetzen im Verborgenen religiös verbrämt gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und fördern mit ihrer Ideologie Hass und Gewalt. Das werden wir nicht dulden. Die Berliner Sicherheitsbehörden haben die salafistische Szene sehr genau im Blick. Wir werden nicht nachlassen, sie mit repressiven und präventiven Maßnahmen unter Druck zu setzen. Die jetzt vorgelegte Studie bietet dafür eine gute Grundlage.“

Die Ergebnisse der Studie sollen aber auch einen Beitrag zur Präventionsarbeit gegen islamistischen Extremismus liefern. Je mehr Details über die Anhänger der salafistischen Szene bekannt sind, desto genauer könnten Maßnahmen der Prävention darauf zugeschnitten werden, so Berlins Innensenator.

Die vollständige Studie ist abrufbar unter: <http://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/lage-und-wahlanalysen/>

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2730 /-31/-32

19.01.2018, 09:56 Uhr  
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin  
**MÜLLER RUFT AUF  
 ZU NOMINIERUNGEN FÜR DAS  
 „BAND FÜR MUT UND VERSTÄNDIGUNG“**

**Frist für Vorschläge endet am 01. März 2018**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Zum 25. Mal verleiht das Bündnis für Mut und Verständigung das „Band für Mut und Verständigung“ an einzelne Personen oder Gruppen aus Berlin und Brandenburg, die durch ihr mutiges Eingreifen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor rassistischer Gewalt beschützt oder durch ihre langjährige engagierte ehrenamtliche Arbeit zur interkulturellen und sozialen Verständigung beigetragen haben. Vorschläge können bis zum 1. März 2018 an

[vorschlag@band-mut-verstaendigung.de](mailto:vorschlag@band-mut-verstaendigung.de)

mit den Namen der Person oder Gruppe und einer kurzen Begründung eingereicht werden. Ein Formular für Vorschläge und eine Übersicht aller bisherigen Preisträgerinnen und Preisträger findet sich unter

<http://www.band-mut-verstaendigung.de/>.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller: „Zivilcourage gegen fremdenfeindliche Übergriffe ist in unseren Tagen wichtiger denn je. In Berlin und Brandenburg darf kein Platz sein für menschenverachtendes Verhalten. Toleranz, gegenseitiges Verständnis und ein gewaltfreies Miteinander sind für unsere Gesellschaft und damit für unsere Demokratie überle-

benswert. Deswegen zeichnen wir jedes Jahr Bürgerinnen und Bürger aus, die sich in vorbildlicher Weise gegen rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Gewalt engagiert haben.“

Die Mitglieder des Bündnisses für Mut und Verständigung sind: der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dietmar Woidke, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, die Arbeiterwohlfahrt Landesverbände Berlin und Brandenburg, der Caritasverband für das Erzbistum Berlin, der DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin, das Deutsche Rote Kreuz Landesverbände Berlin und Brandenburg, das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg, die Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, das Erzbistum Berlin, die Jüdische Gemeinde zu Berlin, der Landessportbund Berlin und der Flüchtlingsrat Berlin. Der Preis wird im jährlichen Wechsel durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin und den Ministerpräsidenten von Brandenburg verliehen. In diesem Jahr findet die Ehrung im Sommer 2018 in Potsdam statt.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

19.01.2018, 09:12 Uhr  
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

**Chebli:  
 „ERINNERUNG IST WICHTIG FÜR KAMPF  
 GEGEN ANTISEMITISMUS UND STÄRKUNG  
 DER DEMOKRATIE“**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Die Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales, Sawsan Chebli, lud für den 18. Januar 2018 zum zweiten Treffen des Berliner Arbeitskreises gegen Antisemitismus in das Berliner Rathaus ein.

Nach dem ersten Treffen des Arbeitskreises im November 2017 lag der Schwerpunkt der zweiten Sitzung des Arbeitskreises auf dem Bildungsbereich. Darüber hinaus wurde auch über die Frage von Besuchen in KZ-Gedenkstätten, NS-Gedenkstätten, Erinnerungsorten und anderen außerschulischen Lernorten gesprochen.

Staatssekretärin Sawsan Chebli: „Das Wachhalten der Erinnerung an die systematische Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung der Juden Europas ist eine wichtige Aufgabe, der sich viele Berliner Einrichtungen und Initiativen, unter anderem im Bildungsbereich, widmen. Zivilgesellschaftliches Engagement ist eine tragende

Säule in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Darin sehe ich meine Kernaufgabe als Staatssekretärin für bürgerschaftliches Engagement. Aus der deutschen Geschichte ergibt sich für alle, für Deutsche wie für Migranten und zwar unabhängig davon, ob ihre Eltern, Großeltern oder Urgroßeltern Bezug zum Holocaust hatten oder nicht eine Verantwortung, gegen Antisemitismus zu kämpfen und damit unsere Demokratie zu verteidigen. Das gilt auch für jene, die zu uns als Geflüchtete ins Land gekommen sind. Natürlich ist ein Besuch von KZ-Gedenkstätten allein keine Garantie für eine Immunisierung gegen Antisemitismus. Aber er ist ein wichtiger Beitrag zum notwendigen Kampf gegen Antisemitismus und zur Sensibilisierung auch für aktuelle Formen von Antisemitismus. Wir haben die Verantwortung und Pflicht alles dafür zu tun, die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen wachzuhalten und die demokratische Kultur und Menschenrechte zu verteidigen. Das ist die gemeinsame Basis und eine Chance für uns als Land.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

22.01.2018, 17:15 Uhr

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

### **ANNE FRANKS LEBENSGESCHICHTE IN DER JUGENDSTRAFANSTALT BERLIN**

Vom 24. Januar bis 8. Februar 2018 gastiert in der Schulabteilung der Jugendstrafanstalt Berlin (JSA) die Wanderausstellung »Lasst mich ich selbst sein«. Die Ausstellung über Anne Franks Lebensgeschichte zeigen wir in Zusammenarbeit mit dem Anne Frank Zentrum in Kooperation mit dem Anne Frank Haus.

Die Ausstellung wird von Justizsenator Dr. Dirk Behrendt, Anstaltsleiter Bill Borchert und dem Direktor des Anne Frank Zentrums, Patrick Siegele, eröffnet. Im Anschluss gibt es eine Einführung in die Ausstellung durch Inhaftierte der Jugendstrafanstalt Berlin.

In einem Trainingsseminar lernen die Gefangenen die Inhalte und Hintergründe der Ausstellung und Methoden der Vermittlung kennen. Als »Peer Guides« vermitteln sie die Thematik anderen Jugendlichen, Gefangenen, geladenen Gästen und regen Gespräche darüber an.

»Lasst mich ich selbst sein« ist eine Wanderausstellung des Anne Frank Hauses Amsterdam, die Geschichte und Gegenwart verbindet. Sie zeigt in acht Teilen die Lebensgeschichte von Anne Frank und gibt Einblicke in die Zeit, in der sie gelebt hat. Die Wanderausstellung wendet sich direkt an Jugendliche mit Fragen zu Identität, Gruppenzugehörigkeit und Diskriminierung: »Wer bin ich? Wer sind wir? Wen schließen wir aus?«. Sie geht zudem der Frage nach, was wir heute

bewirken können und stellt Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vor.

Rückfragen: Pressesprecher Sebastian Brux, Telefon: (030) 9013 3633

23.01.2018, 13:03 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

### **Berlin, Brandenburg, Bremen und Thüringen: START EINER GEMEINSAMEN BUNDESRATSINITIATIVE ZUR BESSEREN MITTELAUSSTATTUNG DER JOBCENTER**

Aus der Sitzung des Senats am 23. Januar 2018:

Die Länder Berlin, Brandenburg, Bremen und Thüringen fordern die künftige Bundesregierung in einer gemeinsamen Bundesratsinitiative auf, bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes für das Jahr 2018 und die Folgejahre eine aufgabengerechte Mittelausstattung der Jobcenter sicherzustellen. In den Budgets der Jobcenter müssen neben den Mitteln zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in Arbeit auch die notwendigen Finanzmittel für Verwaltungskosten bedarfsdeckend festgelegt werden.

Der Senat hat heute auf Vorlage der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, beschlossen, eine entsprechende Bundesratsinitiative gemeinsam mit den Ländern Brandenburg, Bremen und Thüringen einzubringen.

Senatorin Breitenbach: „Fast alle Jobcenter kämpfen seit Jahren mit dem Problem, dass die Mittel für ihre Verwaltungskosten nicht ausreichen. Deshalb müssen sie Mittel aus dem Eingliederungsbudget für Verwaltungskosten verwenden. Das führt dazu, dass die Jobcenter in ihrer Arbeit eingeschränkt sind, da Gelder für die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt fehlen. Diese Praxis muss beendet werden! Die Gelder dürfen nicht länger zweckentfremdet werden. Ich hoffe, dass unsere Bundesratsinitiative eine breite Zustimmung der Länder findet und bei der Haushaltsplanaufstellung des Bundes berücksichtigt wird.“

Auch wenn die Arbeitsmarktlage in Deutschland grundsätzlich gut ist, bleibt die Integration von Langzeitarbeitslosen und Geflüchteten eine wichtige Aufgabe, die zeit- und kostenintensiv ist. Zudem müssen Berufsausbildung und Sprachkenntnisse gefördert werden.

Jobcenter sind gemeinsame Einrichtungen des Bundes und der Kommunen, in denen die Grundsicherung für Arbeitsuchende umgesetzt wird. Die dafür notwendigen Verwaltungskosten teilen sich Bund (84,8 Prozent) und Kommunen (15,2 Prozent) nach den gesetzlichen Vorgaben.



Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

24.01.2018, 11:10 Uhr

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

## **BERLIN STÄRKT DAS SCHULFACH POLITISCHE BILDUNG**

Bildungssenatorin Sandra Scheeres erklärte heute im Beisein von Vertreterinnen und Vertretern des Landeschülersausschusses Berlin, das Schulfach Politische Bildung für die weiterführenden Schulen ab dem kommenden Schuljahr zu stärken. Zukünftig werden die Fächer Geschichte, Politische Bildung, Geografie und Ethik je Doppeljahrgang mit einem maximalen gemeinsamen Stundenkontingent ausgewiesen. Zusätzlich wird für alle Fächer der Anteil von mindestens bzw. maximal zu erteilendem Unterricht festgelegt. Durch den neuen Lernbereich muss für die Stärkung der Politischen Bildung kein gesellschaftswissenschaftliches Fach als alleiniges Fach gekürzt werden. Gleichzeitig werden die Schülerinnen und Schüler nicht durch eine zusätzliche Stundenerhöhung belastet.

Senatorin Sandra Scheeres: „Das Fach Politische Bildung wird in den Berliner Schulen sichtbar verankert und zukünftig ein benotetes Zeugnisfach. Im Zusammenspiel aller gesellschaftswissenschaftlichen Fächer wird mit der Stärkung ein wertvoller Beitrag für die Demokratiebildung geleistet. Durch den neuen Lernbereich können Profile zum Beispiel im Bereich des interkulturellen Lernens und der Demokratieerziehung gestärkt werden.“

Der neue Lernbereich Gesellschaftswissenschaften umfasst für die Gymnasien in den Doppeljahrgangsstufen 7/8 und 9/10 jeweils 10 Stunden. In den Sekundarschulen werden es jeweils 8 Stunden pro Doppeljahrgang sein. Bedingung für epochalen, fächerübergreifenden oder fächerverbindenden Unterricht ist, dass die Gesamtstundenzahl für die gesellschaftlichen Fächer jeweils ausgeschöpft wird. Das heißt, es müssen alle Fächer in jedem Jahrgang unterrichtet und auf dem Zeugnis ausgewiesen werden.

Die Initiative zur Stärkung der Politischen Bildung ging 2014 von einer Schülerinitiative aus. Diese kooperiert seit 2016 mit dem Landeschülersausschuss Berlin und wurde seitdem von der Bildungssenatorin gestützt. Das nun erzielte Ergebnis folgte einem halbjährigen Diskussionsprozess mit den verschiedenen Lehrkräfteverbänden der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer sowie dem Landeschülersausschuss Berlin. Die Entscheidung für einen neuen Lernbereich berücksichtigt den Erhalt der Profil- und Wahlpflichtangebote sowie die Vermeidung einer Gesamtstundenerhöhung, die eine zusätzliche Belastung für die Schülerinnen und Schüler bedeutet hätte.

Der Rahmenlehrplan für Politische Bildung der Jahrgangsstufen 7-10 ist seit diesem Schuljahr unterrichtswirksam.

Im Schuljahr 18/19 wird das Fach Politische Bildung mit einer Teilnote auf dem Zeugnis ausgewiesen. Zum Schuljahr 19/20 wird der neue Lernbereich für alle Schulen verbindlich.

Rückfragen: Pressesprecherin für Bildung, Beate Stoffers, Tel.:\* (030) 90227 – 5843.

26.01.2018, 08:30 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

## **MÜLLER ZUM GEDENKEN AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin und Bundesratspräsident, Michael Müller, zum Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus:

„Wir erinnern uns am 27. Januar an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau im Jahre 1945 und das Ende des Holocausts, dem Millionen unschuldiger Menschen, Nachbarn, Freunde und Familienmitglieder, zum Opfer gefallen sind. Es ist unsere Verpflichtung, solch ein abscheuliches Verbrechen nie wieder geschehen zu lassen. Wir dürfen rassistischer und antisemitischer Hetze und Ausgrenzung keinen Raum geben. Wir können das Verbrennen von Flaggen des Staates Israel auf unseren Straßen nicht hinnehmen. Wir müssen verhindern, dass alte und neue Formen des Antisemitismus und Rassismus alltäglicher Begleiter werden. Ausgrenzung, Hetze und Vorurteilen müssen wir Aufklärung und Wachsamkeit der Zivilgesellschaft und des Rechtsstaates entgegenstellen. Wer die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau besucht, erlebt welche Grausamkeiten uns drohen, wenn wir untätig bleiben.“

Zum 27. Januar 1945:

Der am 10. Januar 2017 verstorbene Bundespräsident und Berliner Ehrenbürger Roman Herzog hat 1996 den Gedenktag zur Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 1945 proklamiert. Müller hierzu: „Roman Herzog hat uns mit diesem Tag nicht nur an unsere historische Verpflichtung erinnert, sondern auch an die nötige Wachsamkeit für unsere Gegenwart und Zukunft. Dafür sind wir ihm zu großem Dank verpflichtet.“

Michael Müller wird als Bundesratspräsident am Mittwoch, 31. Januar 2018, an der Gedenkstätte des Deutschen Bundestags aus Anlass des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus teilnehmen.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

29.01.2018, 13:19 Uhr  
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

**Müller zum Tod des Jazz-Musikers  
 und KZ-Überlebenden:  
 „DANKE, COCO SCHUMANN,  
 DANKE FÜR ALLES!“**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, erklärt zum Tod des Musikers und KZ-Überlebenden Heinz Jakob „Coco“ Schumann:

„Das Leben Coco Schumanns unter der NS-Diktatur war ein Martyrium. Dafür stehen allein schon die drei Etappen seiner Verfolgung Theresienstadt, Auschwitz-Birkenau und Kaufering. Der geborene Berliner, Sohn einer jüdischen Mutter und geniale Unterhaltungsmusiker hat die Verfolgungs- und Vernichtungsmaschinerie der Nationalsozialisten überlebt. Als Zeitzeuge hat er nach langem Zögern doch begonnen, jüngeren Menschen davon zu berichten. Mit ihm ist wieder ein authentischer Zeuge des Holocaust von uns gegangen, und wir müssen mit Trauer und mit Bedauern auch am heutigen Tag wieder feststellen, dass die Generation derer, die das Grauen des Dritten Reiches erlebt und erlitten haben, immer kleiner wird.“

Der Regierende Bürgermeister weiter: „Uns bleibt die Aufgabe, mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust, mit dem immer wieder aufkommenden Antisemitismus, mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit fertig zu werden und diese menschenverachtenden Tendenzen zu bekämpfen. In nicht allzu ferner Zukunft müssen wir dieser Aufgabe ganz ohne diese Zeugen gerecht werden. Das sind wir Menschen wie Coco Schumann schuldig, aber auch uns selber und nachfolgenden Generationen. Toleranz, Offenheit und Humanität sind Grundfesten demokratischer Freiheit und rechtstaatlichen Zusammenlebens, und zwar für uns alle, egal welcher Herkunft und welchen Glaubens, welcher Überzeugungen und welcher Orientierung jede und jeder von uns auch immer sein mag.“

Müller: „Dem Leben und der Arbeit Coco Schumanns gerecht zu werden, das fordert uns dazu auf, ihn auch und vor allem als Musiker wahrzunehmen und ihn mit der Gitarre spielend in Erinnerung zu behalten. Er hat es in seiner Autobiografie geschrieben: ‚Ich bin Musiker, ein Musiker, der im KZ gesessen hat, kein KZler, der auch ein bisschen Musik macht.‘ Coco Schumann hat das Musikleben unserer Stadt geprägt, er war ein international renommierter Jazz-Gitarrist und ein leidenschaftlicher Musiker, den sein Publikum liebt und verehrt hat. Auch dafür hat ihn seine Geburtsstadt Ber-

lin 2008 mit dem Landesorden geehrt. Ich sage im Namen der Berlinerinnen und Berliner: Danke, Coco Schumann, danke für alles!“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

31.01.2018, 10:16 Uhr  
 Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales  
**Arbeitsministerin Breitenbach:  
 INTEGRATION UND TEILHABE –  
 ARBEIT STATT MAßNAHME-HOPPING**

Zu den aktuellen Arbeitsmarktzahlen erklärt die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Elke Breitenbach:

„Eine nachhaltige Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt bleibt weiterhin eine der vordringlichsten Aufgaben. Auch wenn viele Menschen ohne Job wieder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen, dauert diese Arbeit bei jedem Zweiten weniger als ein halbes Jahr. Statistiken belegen dies ebenso wie die Tatsache, dass es sich dabei oft um Helfertätigkeiten im Niedriglohnbereich handelt. So führt selbst eine Vollzeitbeschäftigung nicht zwangsläufig zum Ende von staatlichen Transferleistungen. Dieser Zustand ist alles andere als zufriedenstellend!

Dagegen gilt es nach wie vor, in Gute Arbeit zu investieren statt weiterhin Niedriglöhne von Unternehmen mit Steuergeldern zu subventionieren. Ziel bleibt eine tariflich abgesicherte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die auch in eine armutsfeste Rente mündet. Die starren Bundesprogramme zur Integration von Langzeitarbeitslosen führen eben in vielen Fällen zu einem Maßnahme-Hopping statt zu einem existenzsichernden und von Sozialleistungen unabhängig machenden Beschäftigungsverhältnis. Während der jetzt laufenden Koalitionsverhandlungen müssen die Weichen in der Arbeitsmarktpolitik neu gestellt werden. Hier muss auch denjenigen, die keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, Teilhabe ermöglicht werden. Das wird nur durch eine verlässliche und nachhaltige öffentlich geförderte Beschäftigung möglich sein.“

Im Januar 2018 waren in Berlin insgesamt 167.736 Arbeitslose gemeldet. Das waren 8.164 mehr als im Vormonat und 14.766 weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote beträgt 8,8 Prozent. Sie lag damit um 0,4 Prozentpunkte über dem des Vormonats und um 1,0 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres.

Hinzu kommen noch all diejenigen, die nicht als arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches gelten, weil sie an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnehmen oder in einem arbeitsmarktbedingten Sonderstatus sind.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

31.01.2018, 10:00 Uhr  
Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie

## ZEUGNISVERGABE -

### Bildungsverwaltung schaltet Sorgentelefon

Am 2. Februar erhalten die Berliner Schülerinnen und Schüler ihre Halbjahreszeugnisse. Da die Zensuren nicht immer den Wünschen und Erwartungen entsprechen, beraten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sorgentelefon in der Senatsbildungsverwaltung bei kleinen und großen Sorgen von Eltern, Schülerinnen und Schülern.

„Der Zeugnistag ist für viele Familien ein besonderer Tag, an dem Lob, Anerkennung und Unterstützung für Kinder und Jugendliche ganz wichtig sind. Ein schlechtes Halbjahreszeugnis sollte kein Grund zur Aufregung sein. Reden Sie mit den Lehrerinnen und Lehrern über Ursachen und Lösungen. Und freuen Sie sich darüber, wenn Ihr Kind Fortschritte gemacht hat!“ empfiehlt die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Sandra Scheeres, den Eltern.

Am 2. Februar 2018 sind in der Zeit von 10:00 bis 13:00 Uhr folgende „Sorgentelefone“ mit den nachstehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt:

Bereich Grundschulen  
Frau Dagmar Wilde  
90227 5837

Bereich Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt  
Herr Jürgen Heuel  
90227 5834

Bereich Integrierte Sekundarschulen  
Herr Dr. Thomas Nix  
90227 5865

Bereich Gemeinschaftsschulen  
Herr Dr. Thomas Nix  
90227 5865

Bereich Gymnasien  
Frau Dr. Eva Heesen  
90227 6229

Bereich Berufliche Schulen  
Frau Dr. Eva Heesen  
90227 6229

## Anfragen an den Senat

### Kleine Anfragen:

Titel: Wie, in welchem Umfang und in welcher Qualität hat der Senat seine Zusagen im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge eingehalten?  
Abgeordnete: Demirbüken-Wegner, Emine (CDU)  
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12787.pdf>

Titel: Abschiebungen aus Jugendhilfeeinrichtungen?  
Abgeordnete: Burkert-Eulitz, Marianne (GRÜNE)  
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12819.pdf>

Titel: Duldungen in Berlin  
Abgeordneter: Luthe, Marcel (FDP)  
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12906.pdf>

Titel: Willkommensklassen – aktueller Stand zum Schuljahr 2017/2018  
Abgeordnete: Lasić, Dr. Maja (SPD)  
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12839.pdf>

Titel: Kommunikation mit den Fördernehmer\*innen des Partizipations- und Integrationsprogramms - World Cafe für was und warum?  
Abgeordnete: Kahlefeld, Dr. Susanna (GRÜNE)  
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12885.pdf>

Titel: Erkenntnisse des Senats zum Islamismus  
Abgeordneter: Luthe, Marcel (FDP)  
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12925.pdf>

Titel: Umsetzung der Ehe für Alle im Verzug?  
Abgeordneter: Czaja, Sebastian (FDP)  
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12890.pdf>

Titel: Mehrfachregistrierungen  
Abgeordneter: Luthe, Marcel (FDP)  
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12926.pdf>

**Titel:** EHAP-Mittel in Berlin: Abstimmungsprozesse und Evaluation

**Abgeordnete:** Kahlefeld, Dr. Susanna (GRÜNE)

**Link:** <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12978.pdf>

**Titel:** Entgeltspflicht für Anfängerschwimmkurse für Flüchtlinge

**Abgeordneter:** Statzkowski, Andreas (CDU)

**Link:** <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12951.pdf>

**Titel:** Nutzung von ungedeckten Sportflächen für die Unterbringung von Flüchtlingen

**Abgeordneter:** Standfuß, Stephan (CDU)

**Link:** <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12984.pdf>

**Titel:** Aktueller Stand und Bedingungen zu den 25 bisher in Umsetzung befindlichen Modularen Unterkünfte für Flüchtlinge („MUFs“) und „Tempohomes“

**Abgeordnete:** Seibeld, Cornelia (CDU)

**Link:** <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12985.pdf>

**Titel:** Beschulung von Flüchtlingskindern

**Abgeordneter:** Tabor, Tommy (AfD)

**Link:** <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-13005.pdf>

**Titel:** Entwicklung der Asylpolitik im Jahre 2017

**Abgeordneter:** Bachmann, Hanno (AfD)

**Link:** <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12988.pdf>

**Titel:** Antisemitismus bei anti-israelischen Demonstrationen im Dezember 2017

**Abgeordnete:** Helm, Anne (LINKE)

**Link:** <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-12974.pdf>

**Titel:** Ein-Euro-Jobs für Flüchtlinge im Land Berlin

**Abgeordneter:** Czaja, Sebastian (FDP)

**Link:** <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-13037.pdf>

## Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:

**BERLINER  
EUROPAPORTAL**



Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/EU>

BMI:

**186.644 ASYLSUCHENDE IM JAHR 2017**

Im Jahr 2017 wurden 186.644 Asylsuchende in Deutschland registriert und damit deutlich weniger als in den Vorjahren. So waren es im Jahr 2016 noch ca. 280.000 und im Jahr 2015 noch ca. 890.000 asylsuchende Menschen.

Das Bundesamt hat im Jahr 2017 über die Anträge von 603.428 Personen entschieden (2016: 695.733 Entscheidungen). Damit konnte die Anzahl der anhängigen Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2017 mit 68.245 wieder auf den niedrigen Stand von etwa Mitte 2013 zurückgeführt werden.

Ende Dezember 2016 hatte die Zahl der anhängigen Asylverfahren noch bei 433.719 gelegen. Zwar haben im Jahr 2017 222.683 Personen einen förmlichen Asylantrag gestellt, darin enthalten sind jedoch über 24.000 (genau: 24.366) Folgeanträge sowie verzögerte Antragstellungen, die sich aus dem Rückstau der Vorjahre ergeben haben.

Nach der seit Januar 2017 zur Verfügung stehenden Asylgesuch-Statistik wurde im Dezember 2017 ein Zugang von 13.082 Asylsuchenden nach Deutschland registriert. Weiter in der Mitteilung mit den Zahlen im Einzelnen unter:  
<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2018/01/asylantraege-2017.pdf>

[PM BMI v. 16.01.2018; RED]

**SVR-Policy Brief:****ZUWANDERUNG UND DISKRIMINIERUNG –****Wer anders aussieht,  
fühlt sich stärker benachteiligt**

In Deutschland leben Menschen aus allen Ländern der Welt; jeder Fünfte hat eine Zuwanderungsgeschichte. Zur Frage, welche Rolle die äußerlich wahrnehmbaren Merkmale des Migrationshintergrundes bei Diskriminierung spielen, liegen kaum Forschungsergebnisse aus Deutschland vor. Der Policy Brief „Wo kommen Sie eigentlich ursprünglich her?“ Diskriminierungserfahrungen und phänotypische Differenz in Deutschland“ zeigt nun erstmals: Menschen, deren Äußeres auf eine Zuwanderungsgeschichte hinweist, fühlen sich weitaus häufiger diskriminiert als Zugewanderte, deren Erscheinungsbild sich nicht durch Merkmale wie Hautfarbe oder Kopftuch von der Mehrheitsbevölkerung abhebt. Sie berichten zu 48 Prozent von erlebter Diskriminierung, und sogar zu 59 Prozent, wenn sie zusätzlich Deutsch mit einem Akzent sprechen. Dagegen berichten Menschen, die zwar einen Migrationshintergrund haben, sich aber nicht sichtbar oder hörbar von der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden, davon nur zu 17 Prozent. Eine offenkundig andere Herkunft wird in Deutschland also als Nachteil erlebt.

Die Untersuchung, die von der Stiftung Mercator gefördert wurde, zeigt auch: Die Diskriminierungserfahrungen unterscheiden sich zwischen den Herkunftsgruppen erheblich. Während 54 Prozent der Menschen türkischer Herkunft Diskriminierung erleben, ist dies bei Zugewanderten aus der EU mit 26 Prozent deutlich seltener der Fall. Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler liegen mit 34 Prozent ebenso wie Personen mit einem Migrationshintergrund aus der „übrigen Welt“ mit 40 Prozent dazwischen. Einen großen Effekt hat auch die Religionszugehörigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund: Zugewanderte muslimischen Glaubens berichten deutlich häufiger davon, sich diskriminiert zu fühlen (55 %), als Zugewanderte mit christlicher (29 %) oder ohne Religionszugehörigkeit (32 %).

Diese subjektive Einschätzung der Befragten ist nicht mit objektiver, also tatsächlich stattfindender Diskriminierung gleichzusetzen: Einerseits ist nicht jede Benachteiligung für die Betroffenen erkennbar, andererseits können sie bestimmte Situationen auch fälschlicherweise als diskriminierend einstufen. Die Sicht der Betroffenen gibt allerdings Auskunft darüber, ob und wie stark Herkunft als Barriere für gleichberechtigte Teilhabe empfunden wird.

„In den vergangenen Jahrzehnten hat die kulturelle Diversität in Deutschland stetig zugenommen“, sagt Dr. Cornelia Schu, Direktorin des SVR-Forschungsbereichs. „Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wird es daher immer wichtiger, allen Menschen unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft eine chancengleiche Teilhabe zu ermöglichen und Ausgrenzung entgegenzutreten.“

Die Untersuchung des SVR-Forschungsbereichs beruht auf den Daten des SVR-Integrationsbarometer 2016. Dafür wurden bundesweit 5.396 Personen befragt, davon über 4.000 mit und rund 1.300 Personen ohne Migrationshintergrund; die Befragung erfolgte zwischen März und August 2015. Die Ergebnisse sind repräsentativ.

Policy Brief: „Wo kommen Sie eigentlich ursprünglich her?“ Diskriminierungserfahrungen und phänotypische Differenz in Deutschland. Download: [https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2018/01/SVR-FB\\_Diskriminierungserfahrungen.pdf](https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2018/01/SVR-FB_Diskriminierungserfahrungen.pdf)

[PM SVR v. 16.01.2018; RED]

Mediendienst Integration:

**EXPERTEN KRITISIEREN  
SONDIERUNGS-ERGEBNISSE**

In ihren Sondierungsgesprächen haben Union und SPD eine strengere Asylpolitik vereinbart. Geflüchtete sollen bis zum Ende des Asylverfahrens in zentralen Unterkünften bleiben. Und der bislang ausgesetzte Familiennachzug zu subsidiär Geschützten soll nur in einem geringen Umfang wieder möglich werden. Führende Migrationsforscher kritisieren, die geplanten Maßnahmen könnten sich negativ auf die Integration der Geflüchteten auswirken.

Internet: <https://mediendienst-integration.de/artikel/experten-kritisieren-ergebnisse-der-sondierungsgespraech.html>

Appell an die Koalitionsparteien:

**DEUTSCHLAND BRAUCHT  
EIN KLARES BEKENNTNIS  
ZUR EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT**

Die Koalitionsparteien verhandeln in diesen Tagen Deutschlands zukünftige Migrations- und Integrationspolitik. Aus diesem Anlass haben die neuen deutschen Organisationen (ndo) und die Türkische Gemeinde Deutschland erstmals gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechtsorganisationen, Lesben- und Schwulenverbänden, Migrantenorganisationen, Wissenschaftler\*innen und religiösen Initiativen einen breiten zivilgesellschaftlichen Appell an die Koalitionsparteien verfasst.

In den Sondierungsergebnissen von CDU/CSU und SPD ging es unter dem Punkt „Migration und Integration“ ausschließlich um Fluchtmigration und die „Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit“. Es dominierte die Angst vor Überforderung. Als wäre Deutschland nicht schon vor 2015 ein Einwanderungsland gewesen und hätte jahrzehntelange gute Erfahrungen mit Integrationsangeboten gemacht. Diese kurzsichtige

Linie wird gerade in den Koalitionsverhandlungen fortgeführt. Von einem selbstbewussten, mutigen Blick in die Zukunft ist nichts zu spüren.

„Die Koalitionsverhandlungen stehen bei Migrationsfragen vor allem unter dem Einfluss der ‚besorgten Bürger‘, die sich politisch stark rechts orientieren“, sagt ndo-Sprecherin Ferda Ataman. „Das ist ein fataler Fehler. Hier wird nur eine kleine Minderheit der Bürger\*innen in den Blick genommen. Die anderen, die sich für Europa, für Frauenrechte, für die Rechte von Homosexuellen und Transpersonen, für einen freizügigen Arbeitsmarkt, für Geflüchtete und gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung stark machen, werden hier nicht berücksichtigt. Ebenso wenig diejenigen, die nicht betroffen, aber trotzdem besorgt sind, wegen des starken Rechtsrucks. Dabei ist das die Mehrheit der Gesellschaft“

Deswegen lautet unser Appell: Wir brauchen von ein klares Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft. „Wir appellieren an die Verantwortlichen der neu zu bildenden Bundesregierung: Setzen Sie die konstruktive Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft als zentrales Thema auf die politische Tagesordnung! Dazu gehören gerechte Teilhabechancen für alle Menschen in diesem Land, eine nachhaltige Antidiskriminierungspolitik und wirksame Strategien gegen Rassismus. Wir brauchen eine Integrationspolitik, die Gesellschaftspolitik für alle ist. Eine Integrationspolitik, die sich nur auf Menschen mit Migrationshintergrund fokussiert, ist nicht mehr zeitgemäß. [...] Die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft ist der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands!“

Zu den ndo: Die neuen deutschen Organisationen sind ein bundesweites Netzwerk von Vereinen und Initiativen, die sich für die Akzeptanz von Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe einsetzen. Die Geschäftsstelle ndo wird gefördert durch die Stiftung Mercator und ist angesiedelt beim Neue Deutsche Medienmacher e.V.

## Kontakt

Neue Deutsche Organisationen  
Potsdamer Straße 99  
10785 Berlin

Tel.: (030) 254 645 72

Internet: <http://www.neue-deutsche-organisationen.de>

## Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

bildungsmarkt e.v. und ubus gmbh:

### ARBEITEN UND LERNEN IN EUROPA

#### Betriebliches Praktikum in Marseille, Frankreich

#### Voraussetzungen:

Das Projekt richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 18 und 35 Jahren mit Schwierigkeiten beim Zugang zu Arbeit und Ausbildung. Ziel ist die (Wieder-) Aufnahme einer Arbeit, Berufs- oder Schulausbildung.

#### Unser Angebot:

- Intensives Sprachtraining Französisch
- Landeskunde und interkulturelle Vorbereitung
- Lernen in kleinen Gruppen von 8-12 Teilnehmer/innen
- 2-monatige betriebliche Praktika im Ausland
- Unterbringung in WG im Einzelzimmer
- Deutsch-/Englischsprachige Betreuung im Ausland
- Jobcoaching und Unterstützung bei der Jobsuche

#### Nächster Termin:

#### Ziel: Marseille/Frankreich

Start der sechswöchigen Vorbereitung: 26.02.2018

Ausland: 09.04. - 08.06.2018

Ende: 06.07.2018

Für die Teilnahme am Projekt entstehen Ihnen keine Kosten.

Das Projekt job destination europe wird im Rahmen der ESF-Integrationsrichtlinie Bund, Handlungsschwerpunkt Integration durch Austausch (IdA), durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.

## Kontakt, Infos und Bewerbung

Infos und Bewerbung unter:

job destination europe  
Waldenserstraße 2-4  
10551 Berlin

Tel.: (030) 397 391 -903 / -87

E-Mail: [contact@job-destination-europe.net](mailto:contact@job-destination-europe.net)

Internet: <http://www.job-destination-europe.net>

FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB):

## AKTUELLE WEITERBILDUNGEN IM FCZB Termine im Februar 2018

**Start:** 19. Februar 2018

**Infotermine:** 7.2. und 13.2.18 (jeweils 10 Uhr)

### Berufliche Orientierung und berufsbezogenes Deutsch für Migrantinnen

Sie möchten (wieder) in den Job einsteigen und suchen nach einer Qualifizierung, in der Sie sich beruflich orientieren und Ihre Deutschkenntnisse erweitern können. Haben Sie bereits Vorstellungen, wohin es beruflich gehen soll? Oder möchten Sie erst noch Berufsbilder kennenlernen? Entdecken Sie Ihre Stärken und Potenziale, um Ihren Weg zu finden.



**Inhalte:** Kompetenzentwicklung und Berufsorientierung, (berufsbezogenes) Deutschtraining, Textverarbeitung, Internetrecherche und E-Mail

**Voraussetzungen:** Deutschkenntnisse A2/B1

**Dauer und Lernform:** 12 Wochen Teilzeit (19.2. – 2.6.18), Blended Learning (Präsenz und online)

**Trainings- und Lernzeiten:** 9.00 bis 12.30 Uhr, Übungszeit bis 14.00 Uhr

**Kosten/Förderung:** Kostenfrei. Gefördert von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Berlin.

**Mehr zur Fortbildung:** <http://fczb.de/berufliche-orientierung-und-berufsbezogenes-deutsch-fuer-migrantinnen-4/>

Details zu Inhalten und Ablauf erläutert die Fortbildungsleiterin Jutta Franzen im FCZB-Blogbeitrag Berufliche Orientierung – was bedeutet das für Frauen mit Migrationshintergrund?:

<http://blog.fczb.de/2017/08/berufliche-orientierung-was-heisst-das-fuer-frauen-mit-migrationshintergrund/>

-----

**Start:** 26. Februar 2018

**Infotermin:** 2. Februar, 10.00 Uhr

### Fit für den Job mit MS Office und Internet-Know-how

Sie möchten beruflich wieder durchstarten und benötigen dafür aktuelle Computerkenntnisse? Machen Sie sich fit im Umgang mit Computern, dem Internet und den gängigen Anwendungsprogrammen. Denn ob Wiedereinstieg nach Erwerbslosigkeit oder berufliche Umorientierung: Fundiertes und aktuelles IT-Know-how gehört zu den Anforderungen in nahezu allen Berufsberreichen.

**Inhalte:** PC-Arbeitsplatz-Organisation mit Windows 10, Internetrecherche, Dokumente sachgerecht und repräsentativ mit MS Word gestalten; , Angebote, Rechnungen und Daten erstellen und bearbeiten mit MS Excel, Präsentieren mit Powerpoint, E-Mail und Terminverwaltung mit Outlook, Profilentwicklung, Jobrecherche und (Online-) Bewerbung

**Begleitende Maßnahmen:** Eingangsberatung, fachliche Lernbegleitung und Lernprozessbegleitung

**Zielgruppe:** Erwerbslose oder geringfügig beschäftigte Frauen

**Dauer und Lernform:** 12 Wochen (bis 29.5.18), Präsenz

**Lern- und Trainingszeiten:** Mo, Mi, Do 9.00 bis 16.30 Uhr, Di und Fr 9.00 bis 13.00 Uhr. Teilzeit nach Absprache möglich

**Kosten/Förderung:** Bildungsgutschein, Selbstzahlerin. Gefördert aus Mitteln der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Abteilung Frauen und Gleichstellung.

**Mehr zur Fortbildung:** [https://www.fczb.de/fit-fuer-den-job-mit-ms-office-und-internet-know-how\\_260218/](https://www.fczb.de/fit-fuer-den-job-mit-ms-office-und-internet-know-how_260218/)

## Kontakt/ Beratung/ Anmeldung

Veranstaltungsort:

FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB)  
Cuvrystraße 1  
10997 Berlin

Persönliche Beratung: Tel. (030) 61 79 70 -16

E-Mail: [info@fczb.de](mailto:info@fczb.de)

Internet: <http://www.fczb.de>

Bild: FCZB

Start: 05.03., LIFE e.V.:

## THINK BIG!

### BERUFE IN DER GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

Weiterbildungsangebot für Frauen  
mit ausländischen Studienabschlüssen

Dauer: 5. März 2018 – 22. Juni 2018

Veranstalter und Ort: LIFE e.V.

Rheinstraße 45, Aufgang C  
12161 Berlin

#### Die Teilnahme an der Weiterbildung ist kostenlos.

Am 5. März 2018 startet bei LIFE e.V. ein neuer Durchgang der bewährten Weiterbildung ‚Think BiG – Berufe in der Gesundheitswirtschaft‘. Hier erfahren Frauen mit ausländischen Studienabschlüssen, welche ihrer Qualifikationen zu denen passen, die in Deutschland gesucht werden, und wie sie eine passende Arbeit in der Gesundheitswirtschaft finden.

Zur Gesundheitswirtschaft gehören auch Arbeitsbereiche wie Biotechnologie, Public Health, Medizininformatik, Gesundheitsmanagement, Qualitätsmanagement und Controlling.

Die Weiterbildung richtet sich an Wirtschaftswissenschaftlerinnen, Gesellschafts- und Sozialwissenschaftlerinnen, Natur- und Ingenieurwissenschaftlerinnen und Informatikerinnen.

Mehr Informationen zur Fortbildung: [http://www.life-online.de/download/20171114\\_Flyer\\_BiG.pdf](http://www.life-online.de/download/20171114_Flyer_BiG.pdf)

sowie: [http://www.life-online.de/aktuelle\\_projekte/p\\_big\\_iq\\_nw.html](http://www.life-online.de/aktuelle_projekte/p_big_iq_nw.html)

#### Kontakt

LIFE Bildung – Umwelt Chancengleichheit e.V.  
Rheinstraße 45  
12161 Berlin  
Kontakt: Dagmar Laube,  
Tel.: (030) 308798 19

E-Mail: [laube@life-online.de](mailto:laube@life-online.de)  
Internet: <http://www.life-online.de>

LIFE e.V.:

## HAPPY METAL –

### Metallbearbeitung für Frauen aus allen Kulturen

Wenn Sie mit Frauen aus anderen Kulturen etwas Neues lernen möchten, Interesse an Gestaltung und Handwerk haben oder einfach mal Metallbearbeitung ausprobieren wollen, dann ist Happy Metal genau das Richtige für Sie!

1. Einführung in die Metallbearbeitung - 17. + 18.03. (Metall sägen, bohren, Gewinde schneiden, feilen, biegen)
2. Bau von Lampen und Lichtobjekten - 05. + 06.05. (Metall messen, biegen, löten, bohren, Rohre schneiden, verkabeln)
3. Metall und Design - 23. + 24.06. (erworbenes Wissen anwenden, eigenes Projekt realisieren)

In jedem Workshop stellen Sie ein Objekt her, das einen Gebrauchswert hat und das Sie mit nach Hause nehmen können (Flyer: [http://www.life-online.de/download/20180108\\_Flyer\\_Happy\\_Metal.pdf](http://www.life-online.de/download/20180108_Flyer_Happy_Metal.pdf)).

Der erste und zweite Workshop kann separat besucht werden, der dritte Workshop kann mit dem ersten oder zweiten Workshop kombiniert werden. In jedem Workshop stellen Sie ein Objekt her, das einen Gebrauchswert hat und das Sie mit nach Hause nehmen können.

Mehr Infos im Internet unter: [http://www.life-online.de/angebote/arbeitsmarkt/a\\_happy\\_metal.html](http://www.life-online.de/angebote/arbeitsmarkt/a_happy_metal.html)

#### Kontakt

Für Fragen steht Ihnen gern Frau Rotraud Flindt zur Verfügung.

LIFE- Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V.  
Rheinstraße 45  
12161 Berlin

Tel.: (030) 308798 - 18  
Fax: (030) 308798 – 25

E-Mail: [flindt@life-online.de](mailto:flindt@life-online.de)  
Internet: <http://www.life-online.de>



Ausschreibung:

## START

### Schülerstipendien für talentierte Jugendliche mit Migrationsgeschichte

**Bewerbungszeitraum: 1. Februar bis 15. März 2018**  
**Bewerbung sowie Informationen zum Verfahren:**  
<http://www.start-bewerbung.de>.

Das START-Schülerstipendienprogramm widmet sich seit 2002 erfolgreich der Potenzial- und Engagementförderung bei Jugendlichen mit Migrationsgeschichte. START begleitet sie drei Jahre lang mit ideeller und materieller Förderung auf ihrem Bildungsweg – unabhängig von ihrer aktuellen Schulform und dem angestrebten Schulabschluss. Das Stipendium unterstützt die Jugendlichen dabei, ihre Potenziale zu entfalten, Bildungsziele aktiv anzugehen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und die Gesellschaft mitzugestalten.

#### Wie fördert START?

Vielfältige Bildungsangebote, finanzielle Unterstützung, eine persönliche Betreuung und ein starkes Netzwerk aus Jugendlichen mit Migrationserfahrung, die ihren Weg bereits erfolgreich gegangen sind - START bietet den Jugendlichen die Chance, sich weiterzuentwickeln und einen Bildungsabschluss zu erreichen, der ihren Fähigkeiten entspricht.

Die Stipendiaten erhalten bei der Aufnahme technische Ausstattung für ihren Arbeitsplatz und werden drei Jahre lang mit 1.000 EUR Bildungsgeld pro Schuljahr sowie einem umfangreichen Bildungsprogramm aus Seminaren, Workshops, Exkursionen, Beratungsangeboten, etc. auf ihrem Bildungsweg begleitet. Sie profitieren darüber hinaus von einem aktiven Netzwerk aus rund 700 Stipendiaten und rund 1.800 Ehemaligen.

#### Wer kann sich bei START bewerben?

Wir suchen motivierte Schülerinnen und Schüler aller Schulformen, die

- selbst - oder deren Vater oder Mutter - nach Deutschland zugewandert sind,
- Interesse an ihrer schulischen und persönlichen Weiterentwicklung haben,
- hohe soziale Kompetenzen aufweisen, sich engagieren und aktiv in die Gesellschaft einbringen wollen,
- neugierig und kritisch, Teamplayer und Organisationstalente sind,
- im nächsten Schuljahr in der 9. oder 10. Klasse sind und noch mindestens drei weitere Jahre eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen,
- Deutsch mindestens auf dem Niveau GER-B1 beherrschen

#### Wie sind die Bewerbungsmodalitäten?

Interessierte Jugendliche können vom 1. Februar bis zum 15. März 2018 auf [www.start-bewerbung.de](http://www.start-bewerbung.de) ihre

Bewerbung abgeben. Für die Bewerbung werden ein Gutachten einer Lehrkraft, das letzte Zeugnis und die Kopie eines Ausweisdokuments benötigt. Über die Aufnahme von Kandidatinnen und Kandidaten in das Stipendienprogramm entscheidet nach einem Auswahlgespräch eine unabhängige Kommission, in der erfahrene Pädagoginnen und Pädagogen vertreten sind. Die Aufnahme erfolgt im Sommer 2018.

Ausführliche Informationen zum Online-Bewerbungsverfahren und zum Stipendienprogramm finden Sie auf <http://www.start-stiftung.de>.

Bei Fragen zum START-Stipendium generell und insbesondere zum Bewerbungsverfahren stehen Ihnen und Ihren Schülerinnen und Schülern die Landeskoordination oder die START-Stiftung zur Verfügung.

### Kontakt und Information

START-Stiftung gGmbH  
 Bewerberservice  
 Friedrichstraße 34  
 60323 Frankfurt am Main

Tel.: (069) 300 388-488  
 E-Mail: [stipendium@start-stiftung.de](mailto:stipendium@start-stiftung.de)

oder

Daniela Borck  
 START in Berlin  
 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie  
 Bernhard-Weiß-Straße 6  
 10178 Berlin

Tel.: (030) 90227 5731  
 E-Mail: [daniela.borck@senbjf.berlin.de](mailto:daniela.borck@senbjf.berlin.de)  
 sowie: [STARTBerlin@SenBJF.berlin.de](mailto:STARTBerlin@SenBJF.berlin.de)

House of Resources Berlin:

## AKTUELLE FORTBILDUNGEN FÜR DIE INTEGRATIONSARBEIT

Das House of Resources stärkt Organisationen, die in der Integrationsarbeit in Berlin aktiv sind und bietet bedarfsorientierte, kostenfreie Unterstützung an. Fortbildungen, Beratungsangebote, Fachwissen, Vernetzungsangebote sowie ein Technikverleih stehen Ihnen zur Verfügung. Über den Projektfonds des House of Resources können Sie Mittel für kleine Integrationsprojekte beantragen. Das Angebot wird laufend aktualisiert und erweitert.

**Thema Fördermittel aus dem Projektfond :**  
Neues Jahr, neue Projekte, neue Fördermittel

**Antragswerkstatt am 24.02 :**

<http://www.house-of-resources.berlin/event/antragswerkstatt-7/>  
<https://www.facebook.com/events/1688120554584874/>

**Thema Buchhaltung :**

Finanzbuchhaltung für gemeinnützige Organisationen am 10.02 :

<http://www.house-of-resources.berlin/event/einfuehrung-in-die-einfache-finanzbuchhaltung-fuer-gemeinnuetzige-organisationen/>  
<https://www.facebook.com/events/1971975153064461/>

**Steuerformulare für gemeinnützige Vereine am 24.03. :**

<http://www.house-of-resources.berlin/event/steuerformulare-fuer-gemeinnuetzige-vereine/>  
<https://www.facebook.com/events/2143448335895246/>

Informationen zu neuen Veranstaltungen durch das House of Resources Berlin:

<http://www.house-of-resources.berlin/kalender/>

Nehmen Sie gerne Kontakt mit uns auf. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

### Kontakt

House of Resources Berlin  
Marchlewskistraße 27  
10243 Berlin

Tel (030) 23 98 93 91  
Fax (030) 2 79 01 26

E- Mail: [kontakt@house-of-resources.berlin](mailto:kontakt@house-of-resources.berlin)  
Internet: <http://www.house-of-resources.berlin>  
<http://www.joliba.de>

Ab März 2018, WeTeK gGmbH:

## BERUFSBEGLEITENDE ERZIEHERAUSBILDUNG

Vorbereitung für Menschen  
mit Migrationshintergrund

### Modul 1: 6 Wochen

Einführung in das Berufsfeld Erzieher\*in mit integrierter Sprachförderung  
Wahrnehmung und Beobachtung, Kommunikative Fähigkeiten- und Fertigkeiten, Betriebs- und Arbeitsabläufe, Bewegungserziehung und Spielanleitung etc.  
Abschlusstest: Basiskenntnisse Sozialpädagogik.

### Modul 2: 12 Wochen

Begleitetes Praktikum mit integrierter Sprachförderung (3 Tage Praktikum, 2 Tage Theorie)  
Team, Freispielbegleitung, Verstehen der Ausdrucksformen von Kindern, Gesprächsregeln, Umgang mit unterschiedlichen Werten, elterliche Sorge, Kinderschutz, Bewerbungstraining, mit Praxisanleitung.

### Modul 3: 2 Wochen

Sprachprüfung  
Prüfungsvorbereitung und Prüfung, Wiederholung und Vertiefung, Sprachprüfung (telc-Test B2).

### Voraussetzung

Teilnehmen können Menschen mit Migrationshintergrund, die über nachgewiesenes Interesse/Engagement im sozialen Bereich bzw. einschlägige berufliche Erfahrungen oder Qualifizierungen verfügen, die ALG II beziehen, über Sprachkenntnisse A2/B1 verfügen.

### Abschluss

Teilnahmebescheinigung berufliche Basisqualifikation Erzieherhelfer \*in bzw. Eignungsfeststellung ggf. Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen, Zeugnis des Praktikumsbetriebs, Sprachzertifikat telc B2.

### Termin

März – August 2018, Mo. – Fr. 08.30 – 15.30 Uhr,  
Teilnahme kostenfrei (Einstieg laufend möglich)

### Kontakt

WeTeK Berlin gGmbH  
Christinenstraße 18 / 19, Haus 12, EG  
10119 Berlin

Ansprechpartnerinnen  
Anett Wölbing, Sandra Lehnik

Tel.: (030) 44 38 33 66

E-Mail: [schule@wetek.de](mailto:schule@wetek.de)  
Internet: <http://www.wetek.de>

**Stellenausschreibung:**  
**SOZIALPÄDAGOGIN**  
**IN DER FRAUENBERATUNG BORA**  
 (anteilige Elternzeitvertretung)

Frist: **04.02.2018**

Die Frauenberatung BORA bietet Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, Beratung, Vermittlung an Zufluchtseinrichtungen und Unterstützung bei der Entwicklung neuer Lebensperspektiven an. Neben der persönlichen, telefonischen und Onlineberatung gehören dazu auch Beratungsreihen und Gruppenangebote. In unserer Frauenberatung ist im Rahmen einer Elternzeitvertretung die anteilige Stelle einer Sozialpädagogin (telefonische Beratung für die Hotlinedienste) ab dem 01.01.2018 zu besetzen. Der Stellenumfang beträgt 22,5% der Regelarbeitszeit (8,66 h/Wo).

**Die Aufgabenschwerpunkte sind:**

- die ganzheitliche Beratung von Frauen der oben genannten Zielgruppe
- telefonische Beratung und Krisenintervention
- Vermittlung gewaltbetroffener Frauen an Schutzunterkünfte

**Voraussetzungen:**

- Staatlich anerkannte Sozialarbeiterin/-pädagogin (Dipl., B.A., M.A.)
- Erfahrungen in der Antigewaltarbeit mit Frauen, vor allem in der Beratungsarbeit sowie Krisenintervention
- Erfahrung in interkultureller Team- und Sozialarbeit
- Fremdsprachenkenntnisse erwünscht (bevorzugt Englisch, Polnisch, Russisch, Türkisch, Arabisch oder Vietnamesisch), PC-Kenntnisse

**Wir bieten:**

Arbeit in einem professionellen Team, Einsatz im Rahmen der Hotline-Dienste donnerstags, Vergütung nach AVR DWBO (einschl. Jahressonderzahlung).

Wir freuen uns besonders über Bewerbungen von Migrantinnen. Ganz besonders möchten wir LGBTI of Color, Schwarze LGBTI und LGBTI-Migrant\_innen zu einer Bewerbung ermutigen.

**Bewerbung/ Kontakt**

Bewerbungen (Anschreiben und Lebenslauf, ggf. frankierter Rückumschlag) bitte bis zum 04.02.2018 an:  
 Frauenberatung BORA, Kennwort: Sozpäd FB  
 Albertinenstraße 1  
 13086 Berlin

oder per E-Mail an:

[beratung-koord@frauenprojekte-bora.de](mailto:beratung-koord@frauenprojekte-bora.de)

Weitere Ausschreibungen unter:

<http://www.frauenprojekte-bora.de/de/bora/stellenangebote/>

**Workshops/ Tagungen**

**21.02., Vortrag und Diskussion:**  
**ANTISEMITISMUS –**  
**SIND DIE ANDEREN SCHULD?**

**Mittwoch, 21. Februar 2018, von 18 bis 20.30 Uhr**  
**Landeszentrale für politische Bildung**  
**Besucherzentrum**  
**Hardenbergstraße 22-24**  
**10625 Berlin.**

Mit: Dr. Meron Mendel, Leiter der Bildungsstätte Anne Frank, Mitherausgeber des Buches „Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft“; Saba-Nur Cheema, Pädagogische Leiterin der Bildungsstätte Anne Frank; Sanem Kleff, Pädagogin und Leiterin der Bundeskoordination von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Moderation: Stefan Reinecke, Journalist bei der tageszeitung

Antisemitismus ist geächtet – offiziell. Verschiedene Studien belegen jedoch, dass jeder Fünfte latent antisemitisch denkt. Obwohl also die gesamte Gesellschaft davon betroffen ist, werden besonders muslimische Jugendliche unter den Generalverdacht des Antisemitismus gestellt. Die Fokussierung auf den angeblich Fremden dient zum einen der Entlastung der Mehrheitsgesellschaft, die sich so von dem Vorwurf des Antisemitismus freispricht.

Gleichzeitig gilt aber auch, dass islamistischer Antisemitismus sich anders ausdrückt als der der Mehrheitsgesellschaft. Das zeigen die Demonstrationen in deutschen Großstädten anlässlich der angekündigten Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem und auch die in diesem Zusammenhang erfolgten gewalttätigen antisemitischen Übergriffe in einigen europäischen Ländern.

**Weitere Infos und Anmeldung:**

<https://www.berlin.de/politische-bildung/veranstaltungen/antisemitismus-sind-die-anderen-schuld-antisemitismuskritische-bildungsarbeit-in-der-migrationsgesellschaft-657541.php>

**Kontakt**

Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage  
 Landeskoordination Berlin  
 Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 11  
 10787 Berlin

Tel.: (030) 21 45 86 - 15 /- 17

Fax: (030) 21 45 86 – 20

E-Mail: [berlin@aktioncourage.org](mailto:berlin@aktioncourage.org)

Internet: <http://www.schule-ohne-rassismus.org>

ufuq.de:

## WORKSHOPS UND FORTBILDUNGEN 2018

### Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus

Auch in diesem Jahr bietet der Verein ufuq.de Workshops und Fortbildungen rund um die Themen Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus für Jugendliche, junge Erwachsenen und pädagogische Fachkräfte an. Dabei geht es verstärkt auch um die Rolle von Sozialen Medien in der politischen Bildungs- und Präventionsarbeit.

#### „Wie wollen wir leben?“

„Wie wollen wir leben?“ ist die Leitfrage, nach der auch ein Workshop-Angebot benannt ist. Unter dieser Fragestellung sprechen die jungen und erfahrenen Teamer\_innen gemeinsam mit den Jugendlichen über Themen wie Identität, Zugehörigkeit, Werte, Religion und Atheismus. Ziel ist es, Anerkennung und Selbstreflexion unter den Jugendlichen zu fördern und antipluralistischen - etwa islamfeindlichen oder islamistischen - Weltbildern entgegenzuwirken. Mittlerweile haben mehrere Tausend Berliner Jugendliche an einem der „Wie wollen wir leben?“-Workshops teilgenommen. Die Workshops sind kostenlos und bereits für Schüler\_innen ab der 5. Klasse geeignet.

#### „bildmachen –

### Politische Bildung und Medienpädagogik zur Prävention religiös-extremistischer Ansprachen in Sozialen Medien“

In den letzten Jahren ist die Welt der Sozialen Medien auch in Schulen angekommen. Schüler\_innen benutzen ihr Handy jeden Tag, um sich auszutauschen, zu informieren und sich der Welt mitzuteilen - eine grundsätzlich positive Entwicklung. Doch auch extremistische Akteur\_innen jeder Couleur nutzen virtuelle Kanäle, wie Facebook, Snapchat und Instagram, um Jugendliche zu beeinflussen. Wie können Jugendliche darin bestärkt werden, nicht auf vereinfachende und oftmals abwertende Weltbilder hereinzufallen? Das Modellprojekt „bildmachen – Politische Bildung und Medienpädagogik zur Prävention religiös-extremistischer Ansprachen in Sozialen Medien“ hat das Ziel, die medienpädagogischen Kompetenzen und die Selbstwirksamkeit von Jugendlichen zu fördern und so einen Beitrag gegen religiös-extremistische und rassistische Weltbilder zu leisten. Die Workshops richten sich an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 21 Jahren und werden von medienpädagogisch und rassismuskritisch qualifizierten Trainer\_innen durchgeführt.

#### „Protest, Provokation oder Propaganda“

Für Lehr- und pädagogische Fachkräfte bietet ufuq.de Fortbildungen an, die konkrete Problembeispiele aus dem Praxisalltag aufgreifen und konstruktive Umgangsmöglichkeiten vorstellen. In den Fortbildungen im Projekt „Protest, Provokation oder Propaganda“ geht es um die Frage, wie einem problematischen Verhalten sinnvoll begegnet werden kann. Ein Ziel ist es, für unterschiedliche Motive zu sensibilisieren: Ist es tatsäch-

lich ein Radikalisierungsprozess, der einen Schüler plötzlich dazu bewegt, seiner Lehrerin nicht mehr die Hand geben zu wollen? Oder geht es vor allem um Provokation und Aufmerksamkeit? In den Fortbildungen werden pädagogische Haltungen und Methoden vermittelt, um diese Frage zu beantworten und auch schwierige Themen im Unterricht oder der offenen Jugendarbeit anzugehen.

Die Workshops und Fortbildungen werden im Programm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ sowie von der Landeskommission gegen Gewalt und der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung in Berlin gefördert und sind für die Einrichtungen kostenfrei.

## Kontakt

ufuq.de  
Jugendkulturen, Islam und politische Bildung  
Boppstraße 7, Haus A  
10967 Berlin

Tel.: (030) 98341051

E-Mail: [info@ufuq.de](mailto:info@ufuq.de)  
Internet: <http://www.ufuq.de>

## Initiativen

Stiftung EVZ, Ausschreibung:

### MEET UP!

### Deutsch-Ukrainische Jugendbegegnungen 2018

Frist: **15.02.2017**

Die Stiftung EVZ fördert 2018 deutsch-ukrainische und deutsch-ukrainisch-russische Begegnungen für junge Menschen zwischen 16 und 35 Jahren. Anträge auf Förderung sind spätestens bis zum 15.02.2018 bei der Stiftung EVZ einzureichen. Die Projekte müssen bis zum 30.04.2019 abgeschlossen sein.

Ziel des Programms ist es, die Beziehungen zur Ukraine zu intensivieren und das Engagement junger Menschen aus Deutschland und aus der Ukraine für demokratische Grundwerte und Völkerverständigung zu stärken. Es werden bestehende deutsch-ukrainische und deutsch-ukrainisch-russische Jugendpartnerschaften und neue Initiativen gefördert.

Mehr Informationen zur Ausschreibung und die Antragsformulare finden Sie hier:

<https://www.stiftung-evz.de/handlungsfelder/handeln-fuer-menschenrechte/meet-up.html>

Meet Up! auf Facebook:

<https://www.facebook.com/meetup.evz/>

## Kontakt/Information

Fragen zum Programm beantworten Evelyn Scheer und Artem Iovenko:

Meet up! Deutsch-Ukrainische Jugendbegegnungen  
Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"  
Friedrichstraße 200  
10117 Berlin

Evelyn Scheer  
Tel.: (030) 25 92 97-65  
E-Mail: [scheer@stiftung-evz.de](mailto:scheer@stiftung-evz.de)

Artem Iovenko  
E-Mail: [iovenko@stiftung-evz.de](mailto:iovenko@stiftung-evz.de)  
Tel.: (030) 25 92 97-31

Fax: (030) 25 92 97-11  
Internet: <http://www.stiftung-evz.de>

**Stiftung evz, Ausschreibung:  
SINTI UND ROMA –  
ENGAGEMENT IN DEUTSCHLAND**  
Projektideen zur Stärkung der Bildungsteilhabe  
und der Selbstorganisationen gesucht

Frist: **04.03.2018**

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) stärkt Roma und Sinti als Nachfahren einer Minderheit, die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung war. Sie unterstützt in Deutschland den Bildungsaufbruch von Sinti und Roma.

Selbstorganisationen der Roma und Sinti in Deutschland – gerne in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern – sind dazu aufgerufen, Projektideen einzureichen.

Wir suchen Projektideen, die:

- auf eine Verbesserung der Bildungssituation von Sinti und Roma zielen und
- die Empfehlungen der Publikation „Gemeinsam für eine bessere Bildung“ aufgreifen als auch
- einen Beitrag zur Stärkung der Selbstorganisationen der Roma und Sinti leisten.

Es werden Projekte mit maximal 50.000 Euro gefördert.

Die Projekte können eine Laufzeit von bis zu zwei Jahren haben und frühestens am 1. Juni 2018 beginnen. Senden Sie uns per Mail oder Post bis zum 4. März 2018 Ihre Idee mit beigefügtem Formular.

Ausgewählte Projektideen können bei einem Beratungsseminar (voraussichtlich Anfang Mai 2018) zu einem Förderantrag weiter entwickelt werden.

Der Ausschreibungstext sowie das Bewerbungsformular als Download im Internet unter:

<https://www.stiftung-evz.de/handlungsfelder/handeln-fuer-menschenrechte/engagement-fuer-sinti-und-roma-in-deutschland.html>

## Kontakt

Ihre Projektideen und Fragen richten Sie bitte an:

Stiftung EVZ  
Wanja Hargens  
Friedrichstraße 200  
10117 Berlin

Tel.: (030) 25 92 97-64  
Fax: (030) 25 92 97-11

E-Mail: [hargens@stiftung-evz.de](mailto:hargens@stiftung-evz.de)  
Internet: <http://www.stiftung-evz.de/>

## Aus Projekten und Vereinen

**Neues Projekt:**

**TAMAM**

**Entdecke die Kunst islamisch geprägter Länder  
und was sie mit Dir zu tun hat!**

Du möchtest Deine Meinung zu Dingen, die Dich beschäftigen mit anderen teilen? Du findest es spannend zu erfahren, wie vielfältig die Kunst islamisch geprägter Länder ist?

Mit den TAMAM-Materialien bringst Du Kreativität, Austausch und Wissen in die Jugendarbeit Deiner Gemeinde.

TAMAM wurde gemeinsam mit mehr als 15 Moscheen, islamischen Vereinen und Verbänden entwickelt. Ihre Meinungen und Interessen wurden Ausgangspunkt der TAMAM-Materialien.

Wir arbeiten partizipativ. Die Moscheegemeinden sind von Anfang an eng in das Projekt eingebunden. Alle Themen und Fragen sind mit den Teilnehmenden gemeinsam entwickelt worden. TAMAM ist ein Projekt von Musliminnen und Muslimen für Musliminnen und Muslime, um mehr kulturelle Bildung in Moscheen zu ermöglichen. Das Museum hat dabei den Rahmen und seine Sammlung zur Verfügung gestellt.

TAMAM will die kulturelle Teilhabe von Musliminnen und Muslimen verbessern und das Museum weiter für

die vielfältige Gesellschaft öffnen. Außerdem will TAMAM das Gemeinschaftsgefühl der in Deutschland lebenden Menschen stärken.

TAMAM ist ein Bildungsprojekt, in dem Moscheen mit dem Museum für Islamische Kunst Materialien für die kulturelle Bildung entwickeln. Wir sind ein Team aus mehreren islamischen Glaubensgemeinschaften und Fachleuten.

## Kontakt

TAMAM – Das Bildungsprojekt von Moscheen mit dem Museum für Islamische Kunst

Museum für Islamische Kunst  
Geschwister-Scholl-Straße 6  
10117 Berlin

Tel.: (030) 266 42 5201  
Fax: (030) 266 42 5202

E-Mail: [r.singendonk@smb.spk-berlin.de](mailto:r.singendonk@smb.spk-berlin.de)  
Internet: <https://tamam-projekt.de/>

**AFROPOLITAN BERLIN**  
Programm Februar 2018

**AfroPolitan**  
Berlin  
jung.schwarz.urban

**Talking about us: BPoC Men\* and Masculinity**

**+++ FOR BPOC MEN\* ONLY! +++**

**Termin:**

**Freitag, 02.02.2018 und 23.02.2018**

**19:00 – 21:00 Uhr**

**Teilnahme auf Spendenbasis**

The weight of the topics we often discuss in terms of racism and discrimination can weigh heavy in our minds. It is important to acknowledge and work through these issues psychologically in a safe and therapeutic environment.

**Session 2: Black Men and Mental Health**

**Ort: Forum Brasil**

The course will be held in English

**Voguing 101 - Workshop mit AriGato Melody**

**+++ FOR BPOC\* ONLY! +++**

**Im Rahmen des Black History Month**

**Termin:**

**Samstag, 10.02.2018**

**15:30 – 18:30 Uhr**

**Ort: Forum Brasil**

**Teilnahmegebühr: 10€/ Ermäßigung: 5€**

Bei diesem Workshop werden Teilnehmer\*innen nicht nur in das Ein mal Eins des Vogueing eingeführt, sondern erhalten auch einen Einblick in die politischen sowie historischen Hintergründe der Ball room culture innerhalb der queeren Schwarzen Bewegung.

**Black Man Telling Tails**

**+++ FOR BPOC MEN\* ONLY! +++**

**Im Rahmen des Black History Month**

**Termin:**

**Mittwoch, 17.02.2018**

**12:00 – 19:00 Uhr**

**Ort: Forum Brasil**

**Teilnahmegebühr: 10€ / Ermäßigung: 5€**

**\*What's good Berlin? Town Hall Meeting von Black Berlin Group**

**+++ FOR BPOC\* ONLY! +++**

**Im Rahmen des Black History Month**

**Termin:**

**Mittwoch, 21.02.2018**

**19:00 – 21:00 Uhr**

**Ort: Forum Brasil**

**Teilnahme auf Spendenbasis**

**Women\* of Colour Empowerment Group**

**+++ FOR BPOC WOMEN\* ONLY! +++**

**Termin:**

**Mittwoch 28.02.2018**

**19:00 – 21:00 Uhr**

**Teilnahme auf Spendenbasis**

The weight of the topics we often discuss in terms of racism and discrimination can weigh heavy in our minds. It is important to acknowledge and work through these issues psychologically in a safe and therapeutic environment. Ort: Forum Brasil

The course will be held in English

**Infos zu allen Veranstaltungen unter:**

<http://www.afropolitan.berlin>

## Kontakt, Anmeldung und Infos

AfroPolitan Berlin  
c/o Forum Brasil e.V.  
Möckernstraße 72  
10965 Berlin

Tel: (030) 780 960 54

E-Mail: [info@afropolitan.berlin](mailto:info@afropolitan.berlin)

Internet: <http://www.afropolitan.berlin>

**BAYOUMA-HAUS**

**der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.**  
Interkulturelles Gemeinwesenzentrum  
in Friedrichshain-Kreuzberg

**Programm Februar 2018 (Auszug)****Nachbarschaftsangebote**

Frau Natascha Garay, Einrichtungsleitung  
Gesundheit & Kultur, Tel.: 29 04 91 36  
E-Mail: [n.garay@awo-spree-wuhle.de](mailto:n.garay@awo-spree-wuhle.de)

Loan Nguyen, Senioren, Gemeinwesenarbeit  
Tel.: 29 04 66 12  
E-Mail: [i.nguyen@awo-spree-wuhle.de](mailto:i.nguyen@awo-spree-wuhle.de)

Wir haben für Sie Mo. Di. und Do. 09:00 – 16:00 Uhr,  
Mi. 13:00 – 16:00 Uhr, Fr. 09:00 – 13:00 Uhr  
und nach Vereinbarung geöffnet.

**Beratungsangebote**

**Montag, 05. Februar, 16:00 – 18:00 Uhr**  
**Kostenlose Sprechstunde**  
**mit der Rechtsanwältin Frau Bianca Geiß**  
Schwerpunkte: Sozial- und Familienrecht.  
Anmeldung unter Tel. 29 04 9136 erforderlich

**Montag, 05. Februar, 16:00 – 18:00 Uhr**  
**„Frag' die AWO“**  
**Information & Orientierung für Hilfesuchende**  
Ansprechpartnerin: Belinda Apicella, Tel.: 29 04 66 11

**Mittwoch, 07. Februar, 13:30 – 15:30 Uhr**  
Kostenlose multilinguale Sprechstunde der AOK mit Serena  
Manno zu Fragen der Krankenversicherung (auf Deutsch,  
Italienisch, Spanisch u. Englisch)  
Termine unter 29 04 91 36

**Mittwoch, 14. Februar, 14:00 – 16:00 Uhr**  
Kostenlose Sprechstunde zu Mietrecht mit Rechtsanwalt  
Hans-Peter Scholz  
Terminvereinbarung unter 29 04 91 36

**Verschiedenes**

**Dienstags 10:00 – 12:00 Uhr**  
**Nachbarn öffnen ihre Türen**  
Offene Sprechstunde für Nachbarn, die sich in unserer Ein-  
richtung ehrenamtlich engagieren möchten.  
Ansprechpartnerin: Natascha Garay, Tel.: 29 04 91 36

**„Opa & Oma lernen jetzt WhatsApp“**  
Bedienung und Umgang mit dem Android Smartphone  
Schulung für Senior\_innen  
Donnerstag, den 22. Februar v. 14:30- 16:00 Uhr  
oder Freitag den 23. Februar v. 10:00-11:30 Uhr  
Kostenfreies Angebot. Anmeldung unter 030 – 29049136 er-  
forderlich!

**13. & 20. Februar, dienstags, 17:00 – 19:30 Uhr**  
Seniorentheatergruppe der Gewerkschaft Erziehung & Wis-  
senschaft. Kontakt: reinhard.brettel@t-online.de

**Sonntag, den 18. Februar, 15:00-19:00 Uhr**

Tet-Fest, unsere vietnamesischen Familien laden zum Neu-  
jahrfest ein. Kostenfreies Angebot. Anmeldung erforderlich.

**Angebote im des  
Frauenprojektes Mariposa (Auszug)**

Internet: <http://www.awo-spree-wuhle.de/mariposa>

**Koordinatorin: Frau Belinda Apicella**

Kurzberatung in sozialen Fragen, Gruppenangebote (SHG,  
Workshops) und Informationsveranstaltungen für Migrantin-  
nen, Tel.: 29 04 66 11  
E-Mail: [b.apicella@awo-spree-wuhle.de](mailto:b.apicella@awo-spree-wuhle.de)

**Sprechstunden:**

Dienstags, 13:00 – 16:00 Uhr und  
Donnerstags, 10:00 – 12:00 Uhr

**Telefonisch erreichbar:** Mittwochs, 13:00 – 15:00

**montags, im Wechsel 11:00 – 13:00 und 13:00 – 15:00 Uhr**

Hilfe bei Bewerbungen

Erstellung von Bewerbungsunterlagen, Hilfe bei der Suche  
von Stellenangeboten mit Frau Kunze (kostenfrei)

Anmeldung unter: 030 290 466 11 oder

[b.apicella@awo-spree-wuhle.de](mailto:b.apicella@awo-spree-wuhle.de)

**Samstag, den 03. & 17. Februar, 10:00 – 18:00 Uhr**

Treffen des Netzwerkes

Women in Exile & Friends

Kontakt: [info@women-in-exile.net](mailto:info@women-in-exile.net)

**Kontakt**

Bayouma-Haus  
der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.  
Frankfurter Allee 110 (zweiter Gewerbehof,  
über der Werkstatt „Box im Bogen“. 1. Etage)  
10247 Berlin

Tel.: (030) 29 04 91 36 – Fax: (030) 29 04 91 29

E-Mail: [bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de](mailto:bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de)

**Ausführliches Programm und Informationen unter:**

Internet: <http://www.bayouma-haus.de>

<http://www.bayouma-gesundheit.de>

<http://www.awo-spree-wuhle.de>

<http://www.awo-spree-wuhle.de/mariposa>

<http://www.facebook.com/awospreewuhle>

**17:00 – 19:30**

**AWO-BEGEGNUNGSZENTRUM****Angebote im Februar 2018****Montag, 12.02., 14:00 Uhr**

**Nachbarschaftsheim Neukölln – die Sultaninen**  
mit dem Theaterstück KOFFERBLUES. Eintritt 2.-€  
Mit Anmeldung bei Frau Kaiser, Tel.: 5058-5450  
Ort: Begegnungsstätte Gitschiner Str.38, 10967 Berlin

**Dienstag, 13.02., 14:00-17:00 Uhr****Treffpunkt der Kulturen „Faschingsfeier“ mit Kiry Janev**

Bitte mit Anmeldung bei Hr. Block, Tel.: 695 34 051  
Teilnahmekosten 5.-€  
Ort: Begegnungsstätte Falckensteinstrasse 6,  
10997 Berlin

**Dienstag, 27.02., 14:00 Uhr****„Café Nagler“ - Filmnachmittag im Begegnungszentrum**

In dem Film zeigt die israelische Regisseurin Mor Kaplansky die Ergebnisse ihrer Spurensuche in Kreuzberg: Ihre Großeltern betrieben einst ein Café am Moritzplatz.  
Ort: AWO Begegnungszentrum, Spiegelsaal, 2.OG

**Gruppentreffen im AWO Begegnungszentrum und in der Begegnungsstätte Gitschiner Straße****Sonntags und montags, 12:00–17:00 Uhr**

**BITTE BEACHTEN:** Die Türkischsprachige Rentnergruppe trifft sich in der BEGEGNUNGSSTÄTTE GITSCHINER STR:38. Gruppenleitung: Safiye und Sehmus

**Folgende Gruppen treffen sich im AWO Begegnungszentrum, Adalbertstr. 23a, EG:****Sonntags, 15:00 Uhr****Gruppe Al Kantara**

Nähere Informationen bei Ezzeddine Neji  
E-Mail: [nejjezzeddine@googlemail.com](mailto:nejjezzeddine@googlemail.com)

**Dienstags, 14:00-18:00 Uhr****Spanischsprachige Rentnergruppe**

Gruppenleiterin: Teresa

**Dienstags, 11:00 – 14:00 Uhr****Die Handarbeitsgruppe**

„Bunte Kreationen – die AWO Kirschen“  
Gruppenleiterin: Piera

**Jeden ersten Mittwoch im Monat, 14:00 – 18:00 Uhr****Polnischsprachige Rentnergruppe**

Gruppenleiterin: Jola

**Mittwochs, 11:00 – 12:30 Uhr, Sevillana-Tanzkurs**

Beginn 17.1.2018 keine Vorkenntnisse erforderlich und für jede Altersgruppe geeignet! Von 8-90 Jahren  
Gruppenleiterin: Mari Carmen

**Mittwochs, 15:00-18:00 Uhr****Integrationsgruppe 12 und 18**

Des AWO KV Nordwest. (Erwachsene mit Assistenzbedarf).  
Nähere Informationen bei Guido Rademacher,

Tel.: 627 05 499 oder, Mail: [guidorademacher@gmx.de](mailto:guidorademacher@gmx.de) oder bei Filiz Müller-Lenhartz, Tel.: 695 35 613

**Donnerstags, 14- tägig, 15:00-18:00 Uhr****„Dobar Dan“ Gruppe**

(Senioren aus Ex-Jugoslawien)

Termine für das erste Halbjahr 2018: 08.02.,22.02., 08.03., 22.03.,05.04., 19.04., 03.05., 17.05.,31.05. 2018

Nähere Informationen bei Silvana Kostic, Tel.: 695 35 640

**Kontakt**

AWO Begegnungszentrum  
Adalbertstraße 23A, 10997 Berlin  
Tel.: (030) 695 35 611

Susanne Koch, Migrantensozialdienst  
Sprechzeiten: Di: 9:00-13:00, Do. 14:00-18:00 Uhr  
Tel.: (030) 695 35 619  
E-Mail: [susanne.koch@awoberlin.de](mailto:susanne.koch@awoberlin.de)

Gemeinwesenarbeit: Filiz Müller-Lenhartz  
Tel.: (030) 695 35 613  
E-Mail: [f.mueller-lenhartz@awo-spree-wuhle.de](mailto:f.mueller-lenhartz@awo-spree-wuhle.de)

Internet: <http://www.begegnungszentrum.org>

Neu:

**KONTAKT UND BERATUNGSSTELLE FÜR AFGHANISCHE GEFLÜCHTETE**

Die Kontakt und Beratungsstelle für afghanische Geflüchtete in Berlin Reinickendorf ist zu folgenden Bürozeiten erreichbar:

Montag und Mittwoch von 14:00 bis 16:00 Uhr  
Donnerstag 12:00 bis 18:00 Uhr  
Freitag 14:00 bis 16:00 Uhr!

**Kontakt**

Kontakt und Beratungsstelle  
für afghanische Geflüchtete:  
Friedrich-Wilhelm-Straße79  
13409 Berlin

Telefon: (030) 4056 5575

Ansprechpartner: Mohammad Omar Assadi  
Kulturzentrum der Afghanen e.V.

E-Mail: [assadimomo@gmail.com](mailto:assadimomo@gmail.com)

Internet: Webseite im Aufbau



Ab 05.02.:

## RUMÄNISCH IN BERLIN E.V.

### Neuer Büro-Standort und geänderte Öffnungszeiten

Wir möchten sie über unseren neuen Büro-Standort (Umzug) in Berlin-Neukölln und damit verbunden neue Öffnungszeiten ab dem **05.02.2018** Informieren.

Rumänisch in Berlin e.V.  
Braunschweiger Straße 22  
12055 Berlin

### Öffnungszeiten - Soziale Beratung:

Wir sprechen Rumänisch/Romanes/Ungarisch:

Montag 11:00 - 16:00 Uhr  
Dienstag 11:00 - 16:00 Uhr  
Mittwoch 09:00 - 13:00 Uhr und 14:00 - 18:00 Uhr  
Donnerstag 09:00 - 14:00 Uhr

### Öffnungszeiten Jugendarbeit

Beratung Übergang Schule-Beruf:  
Donnerstag 15:00 - 18:00 Uhr

### Offener Jugendtreff:

Freitag: 15:00 - 20:00 Uhr

## Kontakt

Rumänisch in Berlin e.V.  
Braunschweiger Straße 22  
12055 Berlin

Tel.: (030) 49962190  
Fax: (030) 49962191  
Funk: (0151) 68658628

Internet: <http://www.rumaenisch.berlin>  
Facebook: <https://www.facebook.com/Rumänisch-in-Berlin-eV-1958297931058912/>

## Veranstaltungen

Ab 01.02, f³ – freiraum für fotografie:

### Erinnerungen einer Generation – KRIEGSKINDER

Ausstellung von Frederike Helwig und Anne Waak

**Ausstellung: 2. Februar – 8. April 2018**

f3 – freiraum für fotografie

Waldemarstraße 17

10179 Berlin

**Dienstag bis Sonntag, 13:00 – 19:00 Uhr**

<http://www.fhochdrei.org>

### Eröffnung:

**Donnerstag, 1. Februar 2018, um 19:00 Uhr**

Einführung: Nadine Barth, Programmberatung Fotografie, Hatje Cantz Verlag, im Gespräch mit Frederike Helwig, Fotografin, und Anne Waak, Autorin

»Was haben meine Eltern erlebt, als sie so alt waren wie mein Sohn heute? Was hat sie zu denen gemacht, die sie heute sind?« Diesen Fragen gehen die Fotografin Frederike Helwig und die Autorin Anne Waak in dem Projekt Kriegskinder nach.

Diejenigen, die Ende der 1930er-, Anfang der 1940er-Jahre geboren wurden und während des Zweiten Weltkriegs aufwuchsen, sind heute in ihrem achten Lebensjahrzehnt. Sie schauen zurück, sprechen teilweise zum ersten Mal darüber, was sie geprägt hat: Bomben, Flucht, Angst, Hunger, Krankheit, Tod, verschwundene Väter, überforderte Mütter – aber auch die Sprachlosigkeit der Nachkriegszeit, in denen die Erinnerungen an den Krieg und dessen generationsübergreifende Folgen vergessen werden sollten.

Das Projekt Kriegskinder zeigt 45 analog fotografierte Porträts einer Generation, deren Erinnerungen bald verschwunden sein werden. Anhand von Interviewauszügen, die den Porträts der Zeitzeugen gegenüber gestellt werden, ergibt sich ein komplexes Bild der Kriegskinder-Jahrgänge, die in der Zeit des Nationalsozialismus zur Welt kamen.

Gesellschaft für Humanistische Fotografie (GfHF) e.V.  
Legiendamm 16  
10179 Berlin

Tel.: (030) 60 40 77 48

Fax: (030) 60 40 77 18

E-Mail: [info@gfhf.eu](mailto:info@gfhf.eu)

Internet: <http://www.gfhf.eu>



**05. bis 10.02., Heimathafen Neukölln:  
DIE ASYL-MONOLOGE /  
ASYL-DIALOGE / NSU-MONOLOGE**

Im Februar 2018 gibt es die Möglichkeit, das gesamte Repertoire der Bühne für Menschenrechte im Heimathafen Neukölln zu sehen.

**Heimathafen Neukölln  
Karl-Marx-Straße 141  
12043 Berlin**

**Die NSU-Monologe**

<http://heimathafen-neukoelln.de/spielplan?url=DieNSUMonologe>

5. Februar 2018 (auf deutsch) im Studio  
6. Februar 2018 (auf deutsch) im großen Saal

**sowie am 7. Februar (auf türkisch) im Studio**

**Die Asyl-Monologe**

8. Februar 2018 im Studio

<http://heimathafen-neukoelln.de/spielplan?url=AsylMonologe>

**Die Asyl-Dialoge**

9. und 10. Februar 2018 im Studio

<http://heimathafen-neukoelln.de/spielplan?url=AsylDialoge>

Sechs Jahre nach Bekanntwerden des "Nationalsozialistischen Untergrunds" erzählen die NSU-Monologe von den jahrelangen Kämpfen dreier Familien der Opfer des NSU - von Elif Kubaşık, Adile Şimşek und İsmail Yozgat: von ihrem Mut, in der 1. Reihe eines Trauermarschs zu stehen, von der Willensstärke, die Umbenennung einer Straße einzufordern und vom Versuch, die eigene Erinnerung an den geliebten Menschen gegen die vermeintliche Wahrheit der Behörden zu verteidigen.

Die NSU-Monologe sind dokumentarisches, wortgetreues Theater, mal behutsam, mal fordernd, mal wütend – roh und direkt liefern sie uns intime Einblicke in den Kampf der Angehörigen um Wahrheit und sind in Zeiten des Erstarkens von Rechtsextremismus an Aktualität kaum zu überbieten.

Die ASYL-DIALOGE erzählen von Begegnungen, die Menschen verändern, von gemeinsamen Kämpfen in unerwarteten Momenten – eine dieser Geschichten spielt in Osnabrück, wo seit März 2014 ein breites Bündnis solidarischer Menschen bereits 30 Abschiebungen verhindern konnte und somit für viele bundesweit zum Vorbild wurde...

Wir hören diese Geschichte aus erster Hand, aus der Perspektive zweier junger Aktivist\*innen, die gezwungen sind, sich ein Katz- und Mausspiel mit der Polizei zu liefern. Die Geschichte konfrontiert uns mit der Frage, wie viel Mut wir entwickeln können, wenn aus zunächst lose verbundenen politischen Akteur\*innen gute Freund\*innen werden.

Auch die ASYL-DIALOGE entstanden durch ausführliche Interviews, lediglich gekürzt und ohne sprachliche Veränderungen: dokumentarisches, wortgetreues Theater.

Im Anschluss Publikumsgespräche.

**Kontakt/Karten**

Heimathafen Neukölln  
Karl-Marx-Straße 141  
12043 Berlin

Karten-Tel.: (030) 56821333

E-Mail: [karten@heimathafen-neukoelln.de](mailto:karten@heimathafen-neukoelln.de)

Internet: [www.buehne-fuer-menschenrechte.de](http://www.buehne-fuer-menschenrechte.de)

## Veröffentlichungen Internet-Tipps

### Mehrsprachig: INTERNATIONALER IMPFKALENDER



Das Interkulturelle Gemeinwesenzentrum „Bayouma-Haus“ der AWO Berlin Spree-Wuhle e.V. hat in Neuauflage erneut einen internationalen Impfkalender nach den aktuellen Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) erstellt.

Der Impfkalender ist in den Sprachen deutsch, englisch, französisch, spanisch, türkisch, kroatisch, serbisch, arabisch, portugiesisch, vietnamesisch, russisch, bulgarisch, rumänisch, italienisch, polnisch und albanisch abgefasst und enthält die empfohlenen Impfungen für Säuglinge, Kleinkinder, Jugendliche und Erwachsene.

Der Impfkalender ist als Broschüre kostenlos im Interkulturellen Gemeinwesenzentrum

„Bayouma-Haus“  
Frankfurter Allee 110  
Tel.: (030) 29 04 91 36

in Berlin-Friedrichshain erhältlich. Unter  
[http://52258258.swh.strato-hosting.eu/bayouma\\_gesundheit/impfkalender/](http://52258258.swh.strato-hosting.eu/bayouma_gesundheit/impfkalender/)

besteht ebenfalls die Möglichkeit, den Impfkalender in den o.g. Sprachen herunterzuladen.  
Die Erstellung wurde mit freundlicher Unterstützung von Sanofi-Aventis Deutschland GmbH ermöglicht.

### Handreichung: "MIGRATION UND MITBESTIMMUNG IN BERLIN"



Das neueste Produkt aus dem VIA-Regionalverband Berlin/Brandenburg ist eine Handreichung für Berlinerrinnen und Berliner mit Migrationshintergrund zu Möglichkeiten der politischen Beteiligung.

30 Fragen zu Migration und Mitbestimmung werden kurz und knapp beantwortet und geben so einen kompakten Überblick. Die Broschüre entstand im Rahmen einer

Kooperation von VIA mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung. Im nächsten Jahr folgen Übersetzungen in weiteren Sprachen.

Die Handreichung kann auf der Website von VIA heruntergeladen werden:

[http://www.via-in-berlin.de/wp-content/uploads/2017/12/Partizipation\\_30-Fragen\\_barrierefrei.pdf](http://www.via-in-berlin.de/wp-content/uploads/2017/12/Partizipation_30-Fragen_barrierefrei.pdf)

### Kontakt

Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA)  
Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.  
Petersburger Str. 92  
10247 Berlin

Tel.: (030) 29 00 71-55  
Fax: (030) 29 00 71-54

Internet: <http://www.via-in-berlin.de>  
E-Mail: [info@via-in-berlin.de](mailto:info@via-in-berlin.de)